



Auswärtiges Amt

In der Welt

EU-Ratspräsident-
schaft und G8-Vorsitz
Deutschlands:
Engagement des
Auswärtigen Amts
2007

 **2007*DE**
Europa gelingt gemeinsam.



Schwerpunkte 2007 4-21

Deutschland hat am 1. Januar 2007 die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Zugleich haben wir in diesem Jahr turnusgemäß den Vorsitz der G8. Beides sind für unser Land politische Großereignisse, die das Auswärtige Amt mitgestaltet.

EU-Ratspräsidentschaft 22-41

Für sechs Monate ist Deutschland „das Gesicht und die Stimme“ für alle Mitgliedstaaten in der Europäischen Union. Die Ratspräsidentschaft der Bundesregierung steht unter dem Motto „Europa gelingt gemeinsam“.

G8-Agenda 42-51

Im Mittelpunkt unserer G8-Präsidentschaft stehen Themen wie die Globalisierung und die Entwicklung Afrikas. Abseits der öffentlichen Aufmerksamkeit findet der G8-Außenministerprozess statt. Auf der Agenda: Regionale Krisen oder die Energie(außen)politik.

Innenansichten 52-61

Wissenswertes rund um das Auswärtige Amt: Organisation, Standorte, Personal, Ausbildungswege, Haushaltszahlen



Liebe Leserinnen und Leser,

ob Globalisierung, Klimawandel oder Sicherung unserer Energieversorgung – eine verantwortungsbewusste Außenpolitik muss sich diesen Aufgaben stellen. Es geht darum, Antworten zu finden auf die drängenden Fragen unserer Zeit. Hier ist das Auswärtige Amt in besonderer Weise gefragt.

Um in der Welt zu bestehen, brauchen wir heute mehr denn je ein starkes Europa. Wir wollen unsere Präsidentschaft in der Europäischen Union nutzen, um dem europäischen Projekt neuen Schwung zu verleihen. Europa lebt von der Unterstützung durch seine Bürgerinnen und Bürger. Wenn wir Erfolg haben wollen, dann wird uns das nur gemeinsam gelingen. Deshalb ist das Motto unserer Präsidentschaft: **Europa gelingt gemeinsam!**

Deutschland führt in diesem Jahr darüber hinaus den Vorsitz in der G8. Und auch dort – im Kreis der acht führenden Industrienationen – stehen wir vor neuen Aufgaben: Welche Energiepolitik sichert die Zukunft unseres Planeten? Wie kann der Dialog mit Entwicklungs- und Schwellenländern neue Impulse bekommen? Auch das sind Themen unseres Jahresberichts.

Ich hoffe, dass diese Broschüre viele Ihrer Fragen beantwortet. Natürlich wollen wir Ihnen auch in diesem Jahr mit Rat und Tat zur Verfügung stehen – im Inland, an unseren 228 Auslandsvertretungen oder mit unserem Internetangebot.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre!

Dr. Frank-Walter Steinmeier
Bundesminister des Auswärtigen

Schwerpunkte 2007

EU-Ratspräsidentschaft

G8-Agenda

Innenansichten

Wer ist Europa, wer sind die G8?

Die Europäische Union feiert am 25. März 2007 ihren fünfzigsten Geburtstag. In ihrem Gastbeitrag „Und nun, Europa?“ zieht Petra Pinzler, Brüssel-Korrespondentin der ZEIT, eine Bilanz der Erfolge, geht aber auch auf die aktuellen Probleme der europäischen Integration ein. „Europa gelingt gemeinsam“ – so lautet das Motto der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Gemeinsam mit den 228 Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland setzt sich das Auswärtige Amt für das europäische Projekt ein. Wir stellen Ihnen die Arbeit der Deutschen Botschaften in Brüssel, Accra, Duschanbe und Tokyo vor, deren Vertreterinnen und Vertreter ein halbes Jahr lang auch im Namen der Europäischen Union sprechen. Gleichzeitig führt Deutschland 2007 den Vorsitz in der Gruppe der Acht (G8), die für die Steuerung der Weltwirtschaft eine entscheidende Rolle spielen. Wir berichten über Geschichte und Hintergründe der G8-Treffen sowie die Schwerpunkte der deutschen Präsidentschaft.



Belgien, Brüssel



Ghana, Accra



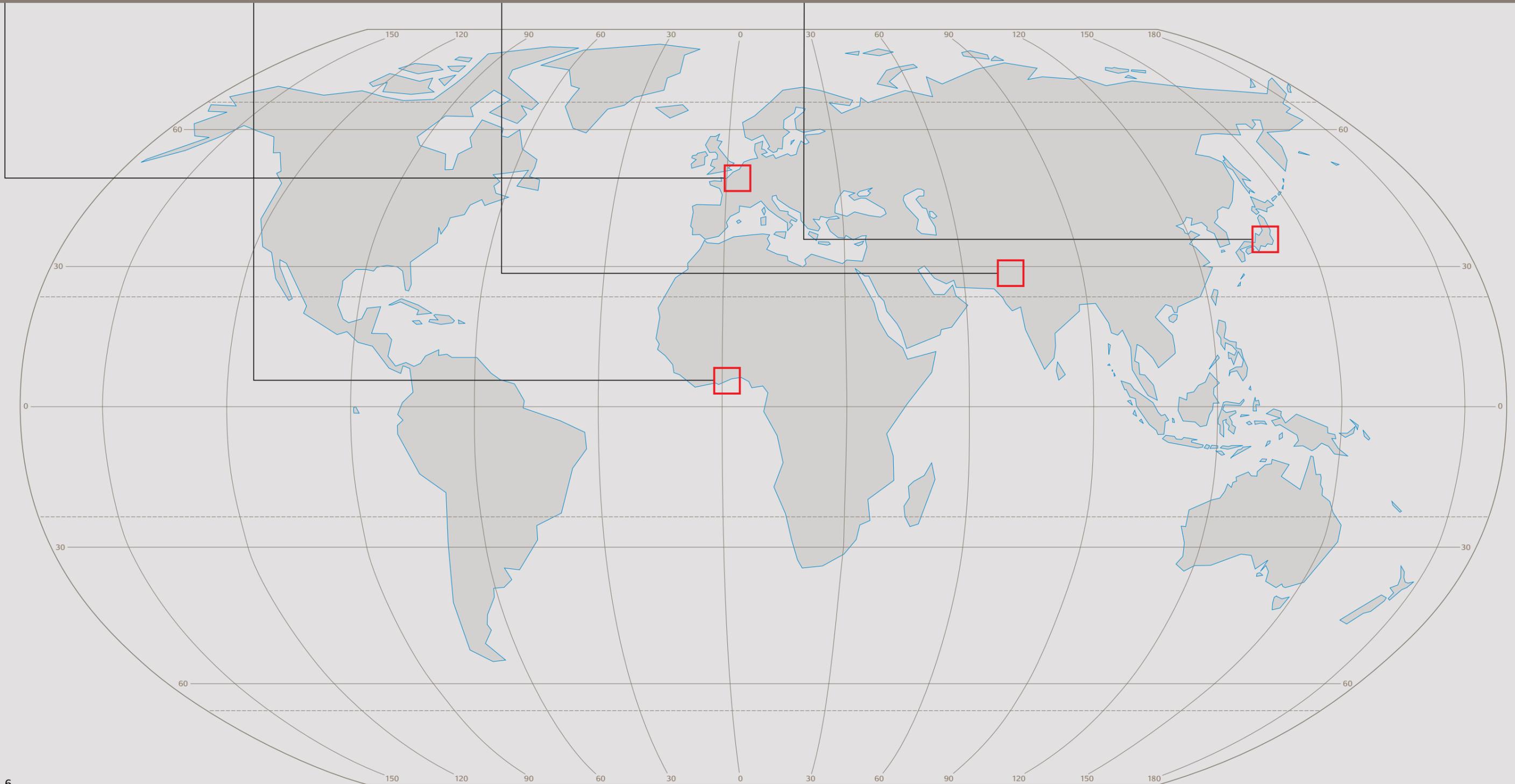
Tadschikistan, Duschanbe



Japan, Tokyo

Deutschland in der Welt

Vier Auslandvertretungen im Porträt: Für den Erfolg der EU-Ratspräsidentschaft entscheidend ist die Arbeit der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik bei der EU. Ihre Hauptaufgabe: Vermittlung deutscher Interessen und Mitwirkung am EU-Gesetzgebungsverfahren. Tausende Kilometer von Brüssel entfernt liegt unsere Botschaft in Ghanas Hauptstadt Accra – Europa ist auch dort ein Thema, wie Botschafter Peter Linder berichtet. „Salam Aleikum“ – so begrüßen sich die Menschen in Tadschikistan. Unsere diplomatische Vertretung in Duschanbe unterstützt den Aufbau der Demokratie in diesem zentralasiatischen Land. Ganz andere Aufgaben stellen sich unserer Botschaft im G8-Land Japan.





Bundespräsident Horst Köhler und John Agyekum Kufour, Präsident Ghanas, tanzen während eines Empfangs

BRÜSSEL

Verhandlungen in Brüssel: Die Arbeit der StäV

Rainer Rudolph

Ständige Vertretung Brüssel

> Leiter: Dr. Wilhelm Schönfelder

> Mitarbeiter: 236

www.brussel-eu.diplo.de

Wer hat sich nicht schon einmal nach der Rückkehr aus dem Urlaub über seine Handy-Rechnung geärgert? Während die Preise für Mobiltelefonate im Inland in den vergangenen Jahren erheblich gesunken sind, klagen Verbraucher immer noch über die hohen „Roaming“-Gebühren im europäischen Ausland. Ein Thema für die Europäische Union? Die Europäische Kommission ist tätig geworden. Sie hat einen Vorschlag für ein europäisches Gesetz, eine sogenannte „Verordnung“, vorgelegt, mit der die Preise für grenzüberschreitende Handy-Telefonate begrenzt werden sollen. Über diesen europäischen Gesetzentwurf müssen die 27 EU-Mitgliedstaaten, vertreten durch ihre Minister im Ministerrat, und das Europäische Parlament entscheiden.

Hier beginnt die Arbeit der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der EU. Als einzige deutsche Auslandsvertretung wirkt die „StäV“, wie die Mitarbeiter sie nennen, bei Gesetzgebungsverfahren mit. Zunächst befassen sich die Expertinnen und Experten der Vertretung mit dem Vorschlag zu den Roaming-Kosten und beraten ihn mit ihren Kollegen aus den anderen EU-Mitgliedstaaten. Nicht alle sind von vornherein einer Meinung: Denn einige Telefongesellschaften profitieren erheblich davon, dass in ihren Netzen viele teure Roaming-Gespräche geführt werden.

Die Position, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Vertretung in den Verhandlungen im Namen Deutschlands vertreten, wird natürlich in Berlin festgelegt und als „Weisung“ nach

Brüssel übermittelt. Die Vertretung berichtet dann regelmäßig über den Stand der Beratungen und gibt ihre Einschätzung ab: Für welche deutschen Anliegen gibt es genug Verbündete? Wo ist Flexibilität erforderlich? In der Regel können viele Details bereits auf dieser Experten-Ebene geklärt werden. Offene Fragen werden schließlich den EU-Botschaftern zur Beratung vorgelegt. Am Ende dieses Verfahrens sind es dann – meist nur noch wenige – Kernfragen, über die die Minister bei ihren Treffen entscheiden müssen.

Im ersten Halbjahr 2007 führt Deutschland den Vorsitz im Ministerrat der EU und damit auch bei allen Brüsseler Sitzungen, die die Minister treffen vorbereiten. Die Ratspräsidentschaft ist eine gewaltige Aufgabe, für die das Personal der Ständigen Vertretung vorübergehend von rund 170 auf rund 240 Mitarbeiter aus allen Bundesministerien aufgestockt wurde. Sie müssen die Arbeit der 27 Mitgliedstaaten organisieren und inhaltliche Kompromisse ausloten. Zugleich müssen sie zwischen dem Europäischen Parlament und der EU-Kommission vermitteln. Dabei wird erwartet, dass das Vorsitzland in diesen sechs Monaten als ehrlicher Makler eigene Interessen zurücknimmt. Das Themenspektrum ist in diesem Jahr denkbar breit: angefangen mit der Frage des Europäischen Verfassungsvertrags über das künftige europäische Engagement im Kosovo, die EU-Energiepolitik bis hin zu – natürlich – den Roaming-Gebühren in Europa.

ACCRA

Europatag in Afrika: Die EU als Partner in Ghana

Peter Linder

Botschaft Accra

> Leiter: Botschafter Peter Linder

> Mitarbeiter: 55

www.accra.diplo.de

Europa ist Tausende Kilometer entfernt. Und doch ist es ganz nah, wenn sich in Ghana einmal im Monat die Botschafter der EU-Mitgliedstaaten treffen. Diese Zusammenkünfte sind wichtig, denn nur wenn wir als europäische Botschaften mit einer Stimme sprechen, hört man uns auch. In wenigen Tagen übernehme ich als deutscher Botschafter den Vorsitz dieser Gruppe. Es wird eine spannende Zeit: Europa feiert in diesem Jahr den 50. Jahrestag der Europäischen Union, Ghana feiert 50 Jahre Unabhängigkeit von Großbritannien. Welche Parallelen, welche Unterschiede! Schnell sind wir uns im Kollegenkreis einig, dass wir darauf reagieren müssen. Zum „Europatag“ im Mai 2007 wollen wir unsere Kulturprojekte bündeln, Filme und Ausstellungen zeigen. Das Interesse an Europa, aber auch die Erwartungen hier sind gewaltig, gerade bei den Jugendlichen. In Deutschland kennt man Ghana wahrscheinlich vor allem als das afrikanische Land, das sich bei der Fußball-Weltmeisterschaft in die Herzen der Menschen gespielt hat.

Ansonsten geht es bei unseren Botschaftertreffen selten um Feierlichkeiten. Die Verhandlungen über wirtschaftliche Partnerschaften zwischen der EU und der Region kommen nicht voran. Dabei handelt es sich um komplexe Verträge, die den Zugang afrikanischer Produkte zum Weltmarkt verbessern sollen, aber ohne interne politische Reformen nicht zu haben sind. Die westafrikanischen Staaten würden gerne den Vertragsabschluss verschieben. Ein Wunsch, über den wir unsere Ministerien und die Kommission in Brüssel informieren werden. Ob es den so unterschiedlichen Nachbarn Europa und Afrika gelingen wird, einen tragfähigen Kompromiss zu finden?

Ein Dauerbrenner bei unseren Runden ist natürlich die Entwicklungszusammenarbeit. Ghana steht im afrikanischen Vergleich gut da, aber die Armut ist nicht nur im Norden bedrückend, und um die Energieversorgung steht es katastrophal schlecht.

Nach anderthalb Stunden ist das Treffen vorbei, über das ich gleich das Botschaftsteam informiere. 2007 wird auch für uns in der Botschaft ein ereignisreiches Jahr. Mit Ghanas Unabhängigkeitstag begehen wir auch das goldene Jubiläum der deutsch-ghanaischen Beziehungen. Ein Grund mehr für den Bundespräsidenten, Ghana im Januar einen Besuch abzustatten und mit Präsident Kufour das zweite Afrikaforum abzuhalten. Die Vorbereitungen laufen. Während ich mich um die politischen Themen kümmere, diskutieren Kolleginnen und Kollegen mit dem ghanaischen Außenministerium: Wer wird in welchem Auto sitzen, sind die Telefonleitungen im Hotel freigeschaltet? Ein Staatsbesuch funktioniert wie ein Spielfilm nach einem Drehbuch, jede Minute ist verplant. Hier in Ghana vertraut man aber eher der eigenen Improvisationsfähigkeit als Ablaufplänen, und so vermitteln wir in der Botschaft auch zwischen verschiedenen Auffassungen von Zeit und Planbarkeit.

Dann bin ich an meinem Schreibtisch, die erste Mail, die ich lese, betrifft die Weihnachtsfeier der Botschaft. Wir werden Weihnachten bei 34 Grad feiern. Auf unseren Gabentischen wird leichter gelblicher Staub liegen. Der Wind aus der Sahara weht in dieser Jahreszeit besonders stark. Dann scheint Europa doch wieder Welten entfernt.



DUSCHANBE

Demokratie in Tadschikistan vermitteln

Rainer Müller

Botschaft Duschanbe

> Leiter: Botschafter
Rainer Müller

> Mitarbeiter: 31

www.duschanbe.diplo.de

Zur Botschaft wate ich durch tiefen Schnee. Ein unbekannter älterer Herr grüßt lächelnd: „Salam Aleikum“. „Aleikum Salam“, grüße ich zurück. Tadschikische Freundlichkeit, die das Leben hier angenehm macht.

Im Hof der Botschaft brummt der Generator. Seit Wochen gibt es keinen Strom. Im Büro dann eine gute Nachricht: Tadschikistan wird den deutschen Kandidaten für ein wichtiges Gremium bei den Vereinten Nationen (UN) unterstützen. Für deutsche Anliegen hat Tadschikistan immer ein offenes Ohr. Man vergisst hier nicht, dass wir als erstes westeuropäisches Land (1996) eine Botschaft eröffnet und auch während des Bürgerkriegs geholfen haben.

Trauma Bürgerkrieg. Die Kämpfe zwischen regionalen Clans, politischen Gruppierungen und radikalislamischen Eiferern haben zahllose Menschenleben gekostet und das Land verwüstet. Viele Tadschiken sehen die Ursachen in den Freiheiten nach der Unabhängigkeit: „Zuerst kamen die Parteien, dann gab es Demonstrationen und Schlägereien, schließlich Krieg.“ Wer den Menschen hier die Vorzüge der Demokratie nahebringen will, muss Überzeugungsarbeit leisten. Auch bei guter Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte ist Tadschikistan noch lange nicht mit europäischen Maßstäben zu messen.

Außenpolitisch unterstützt uns das Land im Kampf gegen Terrorismus und Drogenschmuggel. Tadschikistan gehört der Antiterrorcoalition an und stellt seine Infrastruktur zur Verfügung. Die Bundeswehr nutzt den Flughafen Duschanbe, um

Hubschrauber, die in Afghanistan zum Einsatz kommen, zu warten und auszutauschen.

Um 10 Uhr kommt die Direktorin der Schule Nr. 89. Aus dem Kleinstprojektfonds der Botschaft wollen wir die Toiletten der Schule sanieren – eines der kleinen Projekte, die das Leben erleichtern. Wir sitzen in Mänteln in meinem Büro, die Heizung ist kalt. Im ganzen Land fällt im Winter oft der Unterricht aus, weil die Schulen nicht beheizt werden. Das verschärft eines der größten Probleme: Die junge Generation erhält eine schlechtere Ausbildung als die Älteren, die Schule und Studium zu Sowjetzeiten absolviert haben. Insgesamt hat sich die öffentliche Infrastruktur seit der Unabhängigkeit dramatisch verschlechtert. Sowjetnostalgia ist deshalb weit verbreitet.

Der Westen versucht, die Not zu lindern. Armutsbekämpfung steht im Vordergrund. Die EU und ihre Mitgliedsländer dürften mit die größten Geber sein. Im Sinne von Konfliktvorbeugung gut angelegtes Geld, denn angesichts der schwierigen Verhältnisse könnten radikalislamische Bewegungen die allgemeine Unzufriedenheit nutzen, um das säkulare Gesellschaftsmodell der jungen postsowjetischen Republik zu zerstören.

Nicht nur die europäischen Staaten engagieren sich. Auch China, Russland und der Iran haben die geopolitische Bedeutung Zentralasiens entdeckt und drängen mit Macht in die Region. Viele Beobachter fühlen sich schon an das „Great Game“ des 19. Jahrhunderts erinnert, als sich Briten und Russen um Zentralasien balgten. Im Vordergrund der Zentralasienstrategie der EU steht jedoch Partnerschaft, nicht Machtpolitik.



TOKYO

Die Botschaft als Impulsgeber, Berater und Vermittler

Hans-Joachim Daerr

Botschaft Tokyo

> Leiter: Botschafter
Hans-Joachim Daerr

> Mitarbeiter: 77

www.tokyo.diplo.de

34 Jahre ist es her, dass ich als junger Konsul zum ersten Mal nach Westjapan kam, und entsprechend rostig ist mein Japanisch im Augenblick. Japan hat sich in vieler Hinsicht verändert, das Gleiche gilt für das europäische Projekt, das sich von der 6er-EG zur 27er-EU entwickelt hat.

Rückblickende Vergleiche sind interessant, was aber zählt, ist der Blick nach vorn. Deutschland und mein Gastland Japan sind durch ihre außen- und wirtschaftspolitische Interessenlage ideale Partner, verbunden durch eine alte Freundschaft und ähnliche Werte. Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts wie Sicherheit, Entwicklung, Umweltschutz, Energieversorgung und Gesundheit können ohne die enge Zusammenarbeit der großen Wirtschaftsmächte Japan und Deutschland nicht gelöst werden. Für gemeinsame Initiativen ist es ideal, dass wir im Club der G8-Länder den Vorsitz 2008 an Japan übergeben werden. Der Wirtschafts- und Wissenschaftsaustausch mit Japan, der immer noch zweitstärksten Volkswirtschaft der Welt, schafft und erhält nicht nur deutsche Arbeitsplätze. Der japanische Markt ist ein wichtiger Testmarkt für technologische Innovationen und damit für die Leistungsfähigkeit unserer Wissensgesellschaft. Auch die Herausforderungen der Innenpolitik, ob alternde Gesellschaft, Bildung und Arbeit oder die Anpassung an die Globalisierung, sind in beiden Ländern so ähnlich gelagert, dass nichts näherliegt, als voneinander zu lernen und sich gegenseitig zu beraten.

Japan ist sehr attraktiv, aber auch sehr anspruchsvoll. Die Botschaft ist als Impulsgeber, Berater und Vermittler ständig gefragt. Gute Partnerschaft basiert nicht nur auf einer Interessen- und Wertegemeinschaft. Hinzukommen müssen wechselseitiges Verstehen und Sympathie sowie, gerade in Japan, ein Netzwerk persönlicher Kontakte, die einer ständigen, sorgfältigen Pflege bedürfen. Die klassischen deutsch-japanischen Brücken wie Musik, Medizin, Rechtswissenschaft und Philosophie sind bis auf die Musik nicht mehr so tragfähig wie früher. Das gegenseitige Bild muss rundum erneuert werden. Ansätze dafür sind beispielsweise die japanische Begeisterung für deutsche Autos und Fußball; viele Japaner lieben aber auch Gummibärchen, Techno, Bauhaus oder Designerschmuck. Vor allem geht es darum, die ausgeprägte wechselseitige Sympathie der älteren deutsch-japanischen Generation der jüngeren zu vermitteln. Die japanische Begeisterung über die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 hat uns dabei ein gutes Stück vorangebracht. Aber wir müssen noch viel mehr Japanern vor Augen führen, was Deutschland zu bieten hat, und ihnen Lust auf einen Besuch machen. Je mehr sie über uns und die EU wissen, desto mehr Anknüpfungspunkte gibt es für unsere Beziehungen insgesamt. Auch hier muss die Botschaft sich ständig etwas einfallen lassen, mit Großprojekten wie dem „Deutschland in Japan“-Jahr 2005/06 – in zwölf Monaten mehr als 1600 Veranstaltungen – oder in der täglichen Arbeit. Diese Aufgabe nimmt heute in der Botschaft viel mehr Raum ein, als ich es mir vor 30 Jahren hätte vorstellen können.



Und nun, Europa?

Rumänien feiert am Neujahrstag 2007 ausgelassen den Beitritt zur Europäischen Union

„NEE“ (Nein), Graffiti in Den Haag, Niederländer lehnen im Juni 2005 die EU-Verfassung mit großer Mehrheit ab



ZUM 50. GEBURTSTAG DER EUROPÄISCHEN UNION

50 Jahre jung, heftig umstritten und heiß debattiert – die EU rüstet sich für die Zukunft

Petra Pinzler

„Europa begrüßt Rumänien und Bulgarien“, steht auf einem Plakat im Brüsseler Flughafen. Darauf recken Durchschnittseuropäer, blond, braun- und schwarzhaarig, die Hände in die Höhe und wirken dabei etwa so echt wie die glücklichen Hausfrauen in der Waschmittelwerbung.

Ach, Europa. Sicher, nirgends wird so gelogen wie bei Geburtstagen und Beerdigungen. Aber hast du das nötig? Da wird die Europäische Union in diesem Jahr 50 Jahre alt, hat mittlerweile stolze 27 Mitgliedstaaten und damit rund 500 Millionen Einwohner. Ihre Bürger leben länger in Frieden und Wohlstand als je zuvor, reisen, arbeiten und kaufen grenzenlos ein und bezahlen – fast überall – mit dem gleichen Geld. Braucht die EU tatsächlich die Werbung im Waschmittelstil?

Sicher, Europa ist heftig umstritten. Schon an der Frage des Alters scheiden sich die Geister. Es gibt alte und junge 50-Jährige, aber zu welcher Kategorie gehört die Europäische Union? Für viele Junge wirkt die Union alt, war sie doch schon immer da. Für viele Alte ist sie immer noch neu, und manchem wandelt sie sich wie alles Neue viel zu schnell. Die Liste der Widersprüche lässt sich beliebig verlängern: Für viele drinnen ist sie zu groß. Viele draußen würden gern rein. Den einen mischt sie sich zu viel in den Alltag ein, den anderen zu wenig. „Will man sich Europa nähern, politisch oder sozialwissenschaftlich, dann scheint es, als befände man sich in einem Spiegelkabinett. Je nach Standort des Beobachters wird es größer oder kleiner, bei der kleinsten Bewegung verzerren

sich seine Proportionen. Wo es anfängt und wo es aufhört, was es ist und was es sein soll – all das lässt sich nicht einfach und eindeutig beantworten“, schreiben Ulrich Beck und Edgar Grande in ihrem Buch über das kosmopolitische Europa und kommen zu dem Fazit: „Europa gibt es nicht.“

Natürlich gibt es Europa. In 27 Mitgliedstaaten wird europäische Politik gemacht. Es gibt die heimliche Hauptstadt Brüssel. Die EU-Kommission, der Rat und das Parlament beschließen jede Menge Gesetze. Es gibt eine Fahne, eine Präsidentschaft und langsam sogar eine gemeinsame Außenpolitik. Es gibt den Binnenmarkt und den Euro. Nur eines gibt es im Moment eben nicht: Einigkeit darüber, wofür die Europäische Union künftig stehen soll.

Seit die Franzosen und die Niederländer in einem Referendum NEIN zu der geplanten EU-Verfassung gesagt haben, wächst allerorten der Europafrust. Irgendwie, das spüren alle, geht es nicht mehr so weiter wie bisher. Die EU, die sich seit 50 Jahren ganz munter als Projekt der Eliten entwickelt hat, steht an einem Scheideweg. Wie kann sie die Bürger, die sie ja nun mal um ihre Meinung gefragt hat, künftig von ihrem Nutzen überzeugen? Was soll Europa eigentlich künftig tun? Was nicht? Soll es sich mehr oder weniger einmischen? Soll es sozialer oder marktliberaler werden? Und wo sind überhaupt die Grenzen Europas? „Europa“, so brachte es unlängst Außenminister Frank-Walter Steinmeier auf den Punkt, „muss heute nicht neu erfunden, aber neu gedacht werden. Welche Vision von Europa können wir jungen Menschen heute anbieten?“ >



Unterzeichnung der Römischen Verträge, Gründung der EWG 1957, Rom

In der Vergangenheit war das einfach. Der Nachkriegsgeneration, die noch die Gräber der Gefallenen und Ermordeten gepflegt hat, leuchtete der Sinn der europäischen Einigung unmittelbar ein: Die EU war die kluge, intellektuelle Antwort auf ein hitziges Jahrhundert der Kriege, das in Bürokratie gegossene „Nie wieder!“ der Europäer. Sie band die zerstrittenen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg so zusammen, dass diese politisch und wirtschaftlich aufblühten. Erst söhnte sie die Franzosen und die Deutschen aus. Dann half sie den Portugiesen und den Spaniern, die Folgen ihrer Diktaturen zu überwinden. Und schließlich beendete sie die Spaltung Europas, fügte Ost und West wieder zusammen. Frieden und Wohlstand war ihr Versprechen – und das hielt sie auch weitgehend.

Dabei wird die Entwicklung der EU seit jeher durch eine eigenartige Mischung aus Krach, Pragmatismus und Toleranz bestimmt. Das zeigte sich schon exemplarisch bei der Gründung. Anfang der 50er Jahre stellte die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl diese beiden kriegswichtigen Ressourcen unter eine gemeinsame Verwaltung. Durch diesen wirtschaftspolitischen Schritt sollte die Erbfeindschaft zwischen Deutschland und Frankreich überwunden werden und sie wurde es auch, allerdings langsamer und anders als zunächst erhofft. „Die Gemeinschaft ist gegründet, es lebe Europa“, telegrafierte damals der EU-Gründungsvater Jean Monnet an Bundeskanzler Konrad Adenauer. Doch das politische Europa ließ noch lange auf sich warten. Schon kurz darauf lehnte nämlich das französische Parlament den Plan für eine gemeinsame europäische Armee ab.

Die Pragmatiker machten dennoch weiter. Still und leise verzahnten sie Schritt für Schritt die scheinbar so politikferne Wirtschaft. Vor genau 50 Jahren, am 25. März 1957, unterzeichneten die sechs Gründerstaaten der EU die Römischen Verträge, es entstand die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft: Wieder wurde auf die ökonomische Integration und die Kraft des Marktes gesetzt. Waren, Kapital, Dienstleistungen und Menschen sollten grenzenlose Freiheit genießen. An der Umsetzung dieser visionären Pläne wird bis heute gearbeitet.

Die Römischen Verträge aber stehen für mehr. Sie begründeten eine ausgefuchste politische Technik: die Integration. Nach und nach wurden in Brüssel gemeinsame Institutionen aufgebaut, vorsichtig Kompetenzen aus den Hauptstädten dorthin verlagert. Die Brüsseler Kommission entstand, kontrolliert vom Rat der Regierungen und einem zunehmend mächtigeren Parlament. Schließlich vereinbarten die Regierungen Anfang der 90er Jahre in Maastricht die stärkere Zusammenarbeit in der Innen-, Justiz- und Außenpolitik. Sie schufen die Grundlagen für den Euro. Kurz: Sie bauten Europa nicht nur zur Wirtschafts-, sondern auch zur Wertegemeinschaft aus.

„Seien wir ehrlich: 50 Jahre, das ist im Grunde nicht mehr als ein Wimpernschlag in der Geschichte. Erreicht aber wurde in dieser kurzen Zeit in Europa unvorstellbar viel!“, urteilte Angela Merkel, als sie zu Beginn der deutschen EU-Präsidentschaft ihre Antrittsrede vor dem Europäischen Parlament hielt. Sie bekam für diese Einschätzung viel freundlichen Applaus. Doch dann gab auch die Bundeskanzlerin zu, dass sich darauf niemand ausruhen könne. Schließlich stellten sich in der Zukunft andere Fragen: Wie kann Europa unseren Lebensstil in Zeiten der Globalisierung bewahren? Wie kann es die Sicherheit der Bürger garantieren? Zudem muss die Erweiterung verdaut werden, Europa demokratischer, die Wirtschaft modernisiert und vielen Menschen die Angst vor der Globalisierung genommen werden.

Die Antworten wären überall umstritten, aber in der EU streitet man bekanntlich besonders gern. Als eine „Zivilisation im Diskurs“ beschrieb der Schweizer Schriftsteller Adolf Muschg unlängst Europa. Politischer Streit ist

Die Geschichte der EU

9. Mai 1950 Vorstellung des Schuman-Plans, mit dem Ziel, den Frieden in Europa durch die gemeinsame Vertretung wirtschaftlicher Interessen zu sichern

18. April 1951 Unterzeichnung des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) durch die Gründungsmitglieder Belgien, Niederlande, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg

25. März 1957 Römische Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zur Zusammenarbeit in Wirtschaft und Handel

8. April 1965 Fusionsvertrag zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften

1973 Beitritt von Großbritannien, Irland, Dänemark

13. März 1979 Europäisches Währungssystem (EWS) tritt in Kraft und sichert stabile Wechselkurse zwischen den Währungen der Mitgliedsstaaten.

Juni 1979 Erstmals direkte Wahl des Europäischen Parlaments durch die Bürger der Europäischen Gemeinschaft

1981 Beitritt Griechenlands

14. Juni 1985 Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg und die Niederlande unterzeichnen das Schengener Abkommen, um Personenkontrollen an den Binnengrenzen schrittweise abzubauen.

1986 Beitritt von Spanien und Portugal

1. Januar 1987 Einheitliche Europäische Akte (EEA) zur Errichtung eines gemeinsamen Binnenmarktes bis zum Jahr 1993 tritt in Kraft.

19. Juni 1990 Schengen II startet und regelt z.B. polizeiliche Zusammenarbeit, Behandlung von Asylanträgen oder Einführung eines gemeinsamen Visasystems

1. Juli 1990 Liberalisierung des Kapitalverkehrs im europäischen Binnenmarkt

3. Oktober 1990 Deutsche Wiedervereinigung

7. Februar 1992 Maastrichter Vertrag für eine neue politische und wirtschaftliche Struktur – die Europäische Union

1. Januar 1993 Vollendung des europäischen Binnenmarktes

1994 2. Stufe der Europäischen Währungsunion: Errichtung des Europäischen Währungsinstituts

1995 Beitritt von Österreich, Schweden, Finnland

1996 Dänemark, Finnland und Schweden unterzeichnen Beitrittsprotokolle zum Schengener Abkommen.

1997 Italien, Griechenland und Österreich bauen ihre Grenzkontrollen ab.

Juni 1997 Stabilitäts- und Wachstumspakt

2. Oktober 1997 Vertrag von Amsterdam, der Änderungen und Ergänzungen am EU- und EG-Vertrag beinhaltet

Mai 1998 Euro-Länder und endgültige Wechselkurse zwischen den Ländern werden festgelegt.

1. Januar 1999 Einführung des Euro im bargeldlosen Zahlungsverkehr in den Euro-Ländern

1. Januar 2001 Griechenland wird Euro-Land.

26. Februar 2001 Vertrag von Nizza zur Modernisierung der Organe und Institutionen

1. Januar 2002 Euro-Bargeld wird alleiniges Zahlungsmittel in den insgesamt zwölf Euro-Ländern.

2004 Beitritt von Tschechien, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien und der Slowakei

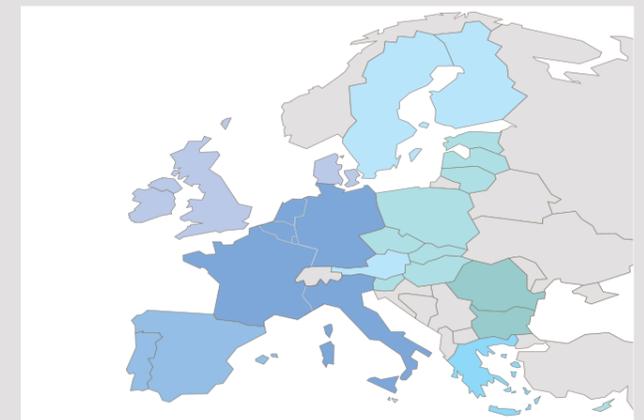
2007 Beitritt von Bulgarien und Rumänien, Slowenien wird Euro-Land

das Lebenselixier der Europäer. Ohne Krisen geht und ging in der EU selten etwas voran. Denn auch wenn sie sich im Rückblick rasant entwickelt hat – stellt man die Linse scharf, war fast alles ein Ergebnis von zähen Verhandlungen. Das nervt nicht nur viele Bürger, es verstellt ihnen auch den Blick auf die Erfolge, auf den eigentlich ganz angenehmen europäischen Alltag und die Chancen, die in dieser Krise liegen. Der derzeitige Krach über die Europäische Verfassung ist da typisch. Weil die nicht problemlos in Kraft treten kann, scheint das Projekt in einer tiefen Sackgasse. Wieder einmal herrscht Europafrust. Wieder einmal wird „Europas Seele“ gesucht.

Dabei gibt es auch eine andere Sicht der Dinge. Der amerikanische Milliardär George Soros lobt Europa gerade wegen seiner Streitkultur als das Modell einer offenen Gesellschaft im Sinne des Philosophen Karl Popper. Hier würde im offenen Diskurs entschieden, wo der europäische Weg hinführen soll. Der Amerikaner Jeremy Rifkin, der Brite Tony Judt und manch liberaler Amerikaner preisen Europa ähnlich überschwänglich. So gesehen, könnte all der politische Ärger eher ein Beweis für die >

EU Beitritte

- 1952–58 Gründungsmitglieder: Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Westdeutschland, Niederlande
- 1973 Erste Erweiterung: Dänemark (mit Grönland, aber ohne die Färöer-Inseln, Irland, Vereinigtes Königreich)
- 1981 Zweite Erweiterung: Griechenland
- 1986 Dritte Erweiterung: Portugal, Spanien
- 1995 Vierte Erweiterung: Österreich, Finnland, Schweden
- 2004 Fünfte Erweiterung („Osterweiterung“ I): Tschechien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Malta, Zypern, Slowakei, Slowenien
- 2007 Fünfte Erweiterung („Osterweiterung“ II): Bulgarien, Rumänien





Petra Pinzler, Europa-
korrespondentin der
Wochezeitung
„DIE ZEIT“ in Brüssel

Ernsthaftigkeit sein, mit der viele Europäer an ihrem gemeinsamen Haus bauen. Denn genau so sollte man doch mit einem einzigartigen Projekt umgehen: Man sollte über seine Weiterentwicklung streiten. Dann gibt es durchaus mehr als eine vage Hoffnung, dass am Ende bessere Institutionen, eine neue Politik, Aufbruchstimmung oder kurz: ein neues Europa entstehen.

Eines macht der EU indes besonders zu schaffen. Sie ist ein durch und durch rationales Ding und noch dazu hoch kompliziert. Wer will schon immer verstehen müssen, immer erklärt bekommen? In der nationalen Politik ist das leichter. Frau Merkel oder Herrn Müntefering kann man mögen, oder man mag sie nicht. Die europäische Politik aber ist kaum personalisierbar, und damit auch nicht emotionalisierbar. Sie ist der permanente Kompromiss, gehorcht Spielregeln, die oft nur die Experten durchschauen.

Das muss sich ändern. Ohne Reform geht es nicht mehr. Zumindest darin sind sich alle Streithähne erstaunlicherweise einig. Die Verfassung weist einen Weg – es mag in einer vollkommenen Welt bessere geben. Dieses Werk legt zumindest neue Regeln fest, die das Arbeiten mit 27 Mitgliedern erleichtern. Die Verfassung erlaubt den Bürgern mehr direkten Einfluss auf EU-Entscheidungen – indem sie beispielsweise ein europäisches Referendum schafft. Und sie setzt einen weiteren Wunsch der Bürger um: Eine überwiegende Zahl findet, dass Europa in der Welt gemeinsam auftreten und eine andere Rolle spielen sollte.

Von außen wird dieser Wunsch mitunter belächelt. Der neokonservative Amerikaner Robert Kagan hat die Europäer einst als Vertreter der Venus beschrieben, als gutherzige, weltfremde Schwärmer und Schwätzer, die sich anders als die amerikanischen Marsianer nicht an die Waffen trauen. Wie wenig versteht er doch die EU und uns Europäer. Ja, Europa ist des Krieges müde, hält Waffen für das allerletzte Mittel. Europa will die Nachbarn nicht okkupieren oder dominieren. Wir räumen ihnen per Erweiterung lieber einen Platz am Tisch frei und lassen sie mitreden. Auch wenn sie mitunter meckern,

bislang hat niemand diesen Tisch wieder verlassen. Von der EU kommt keiner mehr los. Das macht sie ganz nebenbei zum größten regionalen Friedensprojekt der Welt.

Dieses Rezept hilft nicht immer. Im Kosovo-Krieg mussten die Europäer begreifen, dass manchmal Gewalt nötig ist, um Gewalt zu beenden. Erst die Amerikaner beendeten den Krieg. Doch die EU und die Regierungen in Berlin, Paris, London, Madrid und sonst wo lernten aus ihrem Versagen. Seit ihrem Gipfel in Köln 1999 bauen sie an einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die Verfassung könnte dies mit einem Schlag viel einfacher machen – und beispielsweise den Job des Europäischen Außenministers schaffen.

Manche Antwort bleibt sie indes schuldig. Wie sozial soll Europa sein? Überzeugte Integrationisten wie der luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker wünschen sich von der EU mehr gemeinsame Sozialpolitik, die schließlich in eine Sozialunion münden soll. Die Gewerkschaften applaudieren. Andere wie der belgische Ministerpräsident Guy Verhofstadt träumen gar von den „Vereinigten Staaten von Europa“, wollen eine europäische Regierung, die Wirtschaftspolitik stärker verzahnen und die Steuern harmonisieren. Wieder andere wollen Europa noch stärker demokratisieren: mehr Mitspracherecht der Bürger, eine Direktwahl des Kommissionspräsidenten, mehr Kontrollrechte für das Parlament. Und dann gibt es natürlich noch die, die Europa möglichst stark zusammenstutzen wollen. Es bleibt also genug Stoff für weiteren Streit.

Die nächsten 50 Jahre dürften spannend werden.



Teilnehmer am G8-Gipfel 2006
in St. Petersburg

G8 – GRUPPE DER ACHT

Globalisierung gemeinsam gestalten

Michaela Heinrich

Kaum ein politisches Forum wirkt in der Öffentlichkeit stärker polarisierend als die G8. Für viele steht das Kürzel „G8“ für die Macht der Globalisierung, für die Dominanz des Westens über die Entwicklungsländer, für eine von niemandem legitimierte Weltregierung. In diesem Artikel stellen wir Ihnen dieses Gremium und seine erstaunliche Geschichte vor, die mit einem Kammingespräch im kleinen Kreis begann.

Die Gruppe der Acht (G8) ist keine Organisation mit einem Sekretariat oder institutionellem Unterbau. Sie ist ein informelles Forum der Staats- und Regierungschefs der größten Industrienationen der Welt. Zu ihren Mitgliedern zählen Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Vereinigten Staaten von Amerika, Japan, Kanada (seit 1976) und Russland (seit 1998). Diese acht Staaten, die sich gemeinsamen Werten wie Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit verbunden fühlen, bemühen sich, gemeinsam Antworten auf drängende globale Fragen zu finden. Die jährlich wechselnde

Präsidentschaft organisiert das Gipfeltreffen der Chefs. Sie entscheidet, über welche Themen diskutiert wird und über welche nicht. In diesem Jahr richtet sich der Blick auf Deutschland, das den Vorsitz in der G8 von Russland übernommen hat: Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat ihre Kollegen für den 6.–8. Juni zum Gipfel nach Heiligendamm in Mecklenburg-Vorpommern eingeladen. Das Interesse ist gewaltig: Allein mehr als 3000 Journalisten werden zum Gipfel erwartet.

Krisenmanagement als Auslöser

Es begann 1975 mit einer Einladung zu einem Kammingespräch. Auf Schloss Rambouillet bei Paris trafen sich die Staats- und Regierungschefs der führenden Industrienationen. Eingeladen hatten der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt und der französische Präsident Giscard d'Estaing. Es ging um Krisenmanagement: Die erste Ölkrise hatte die Öffentlichkeit schockiert. Das System der festen Wechselkurse war zusammengebrochen. Für Schmidt und Giscard war klar, dass die wichtigsten Volkswirtschaften ihre Wirtschaftspolitik auf internationaler Ebene besser abstimmen müssten, um eine verheerende Rezession wie in der Zwischenkriegszeit zu verhindern. >

Mitgliedstaaten der G8



Deutschland
Hauptstadt: Berlin
Einwohner: 82.310.000
Fläche: 357.050 km²
BIP: 2.906.658 Mio. US-\$

Frankreich
Hauptstadt: Paris
Einwohner: 60.656.178
Fläche: 543.965 km²
BIP: 2.216.273 Mio. US-\$

Italien
Hauptstadt: Rom
Einwohner: 58.751.711
Fläche: 301.277 km²
BIP: 1.836.407 Mio. US-\$

Japan
Hauptstadt: Tokio
Einwohner: 127.417.244
Fläche: 377.835 km²
BIP: 4.799.061 Mio. US-\$

Kanada
Hauptstadt: Ottawa
Einwohner: 32.040.000
Fläche: 9.970.610 km²
BIP: 1.098.446 Mio. US-\$

Russland
Hauptstadt: Moskau
Einwohner: 143.000.000
Fläche: 17.075.000 km²
BIP: 755.437 Mio. US-\$

USA
Hauptstadt: Washington
Einwohner: 292.078.602
Fläche: 9.809.431 km²
BIP: 12.438.873 Mio. US-\$

Vereinigtes Königreich
Hauptstadt: London
Einwohner: 60.209.500
Fläche: 244.820 km²
BIP: 2.295.039 Mio. US-\$

Meilensteine der G8-Treffen

1975	Rambouillet, Frankreich Erster „Weltwirtschaftsgipfel“. G6 – Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, USA	1999	Köln, Deutschland
1976	Puerto Rico, USA Beitritt Kanadas, G7	2000	Okinawa, Japan
1977	London, Großbritannien Erste Gespräche zwischen den G7 und der Europäischen Gemeinschaft	2001	Genua, Italien
1998	Birmingham, Großbritannien Beitritt Russlands. Konstituierung der Gruppe der Acht	2002	Kananaskis, Kanada
		2003	Evian-les-Bains, Frankreich
		2004	Sea Island, USA
		2005	Gleneagles, Schottland
		2006	St. Petersburg, Russland
		2007	Heiligendamm, Deutschland

Kanada kam 1976 hinzu, die Gruppe der Acht bildete sich 1998: Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und einer schrittweisen Annäherung an den Kreis wurde Russland Mitglied im Club. Mit Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien sind vier Mitgliedstaaten der EU dabei, die ihre Wirtschaftspolitik bereits in der EU eng koordinieren. So ist es nur folgerichtig, dass auch die Europäische Kommission seit 1981 regelmäßig an den Arbeitssitzungen teilnimmt.

Inhaltlich beschäftigen sich die G8 schon lange nicht mehr nur mit der internationalen Wirtschaftspolitik im engeren Sinne. Praktisch jede außen-, sicherheits- oder entwicklungspolitische Frage, die nicht mehr in den engen Grenzen des Nationalstaates zu lösen ist, kann Thema der G8 werden.

Verständigung zu brisanten Themen

Die Gruppe der Acht kann auf eine erfolgreiche Bilanz zurückblicken. So ist es nicht nur gelungen, die Folgen der Weltwirtschaftskrise abzuschwächen oder auch notwendige Korrekturen am Dollarkurs im kleinen Kreis zu verabreden. Auch auf epochale Ereignisse wie das Ende des Kalten Krieges reagierte die Gruppe mit effektiven Hilfsmaßnahmen für die Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Schon seit dem Gipfel von Denver 1997 hat sich die Gruppe der Acht immer wieder mit den Problemen Afrikas beschäftigt. Mit ihren Kritikern teilen die G8 die Überzeugung, dass Afrika geholfen werden muss, wenn man sich auch über die Methoden nicht immer einig ist. Unter deutschem Vorsitz 1999 wurde eine erweiterte

und beschleunigte Entschuldung der ärmsten Länder auf den Weg gebracht (HIPC-Initiative). In Gleneagles 2005 haben die G8 den ärmsten Staaten ihre Schulden gegenüber internationalen Organisationen erlassen. Auch bei der AIDS-Bekämpfung leisten die G8-Staaten einen wichtigen Beitrag.

Kaum zu bestreiten sind die Erfolge der G8 im außenpolitischen Bereich. Die informelle Atmosphäre hat sicher dazu beigetragen, dass man sich in schwierigen Situationen auf Kompromisse verständigte. Ob im Falle des Kosovo-Konfliktes oder des Libanon-Krieges in jüngster Vergangenheit, die G8 sind wichtig. Und dies, obwohl ihre Beschlüsse keine rechtlich bindende Wirkung entfalten, anders als etwa Resolutionen des Welt-sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Denn ihre Erklärungen sind das Ergebnis eines intensiven Abstimmungsprozesses zwischen den Mitgliedstaaten. Hat man sich einmal verständigt, ist man auch bereit, sich für diese Beschlüsse in anderen Institutionen wie den Vereinten Nationen einzusetzen.

G8-Prozess – Ein Gipfel hat viele Vorgebirge

Die G8-Gipfel beherrschen die öffentliche Wahrnehmung. Die G8-Erklärungen, die dort verabschiedet werden, geben wichtige politische Impulse. Bevor die Staats- und Regierungschefs über die Texte diskutieren und letzte Hand anlegen, müssen die Themen minutiös vorbereitet werden. Die Abstimmung im Vorfeld ist arbeitsintensiv und langwierig.

Die Themen für den Gipfel werden von hochrangigen Mitarbeitern der Staats- und Regierungschefs und der fachlich zuständigen Ressorts

erarbeitet, für die sich aus der Bergsteigersprache die Bezeichnungen „Sherpas“ und „Sous-Sherpas“ eingebürgert haben: ohne gute Bergführer kein Gipfelerfolg.

Sherpa der Bundesregierung und persönlicher Beauftragter der Bundeskanzlerin ist der Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie Dr. Bernd Pfaffenbach. Bei der inhaltlichen Vor- und Nachbereitung des Gipfels unterstützen ihn ein Sous-Sherpa im Bereich Finanzpolitik (Bundesministerium der Finanzen) und ein Sous-Sherpa für den Bereich globale Wirtschafts-, Umwelt- und Entwicklungsfragen (Auswärtiges Amt), sowie der Politische Direktor des Auswärtigen Amtes für Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik.

Im Laufe der Zeit hat der G8-Prozess sich jenseits der Gipfeltreffen und von den Medien weitgehend unbeachtet zu einem intensiven Prozess der politischen Abstimmung zwischen den Fachministern und auf hoher Beamtenebene entwickelt. Insbesondere die Außen- und die Finanzminister treffen sich regelmäßig. Aber auch andere Fachminister – z.B. der Ressorts *Umwelt und Entwicklung* – begegnen einander im G8-Kreis, um sich mit ihren Kollegen im persönlichen Gespräch auszutauschen. Seit Ende der 90er Jahre hat insbesondere die Runde der Außenminister, der „Außenministerprozess“, im G8-Gefüge eine große Bedeutung gewonnen (siehe auch Seite 50).

Agenda: Gestaltung der Globalisierung

Kurze Verhandlungswege, das persönliche Gespräch und die Anpassungsfähigkeit des Formats tragen zur erfolgreichen Zusammenarbeit der G8 wesentlich bei. Entscheidend für den Erfolg ist

jedoch die Zusammensetzung der Verhandlungspartner: Die acht Mitgliedstaaten erwirtschaften etwa zwei Drittel des Weltsozialprodukts, sie bestreiten knapp die Hälfte des Welthandels und sie sind die größten Beitragszahler in den internationalen Organisationen. Bereits ihre wirtschaftliche Bedeutung verleiht ihren Beschlüssen politisches Gewicht. Die G8 bilden aber auch eine Wertegemeinschaft, was ihnen den für ihre Rolle als Impulsgeber unabdingbaren inneren Zusammenhalt verleiht. Darüber hinaus sind vier der G8-Staaten ständige Mitglieder des Welt-sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Das wirtschaftliche Gewicht ihrer Mitglieder, ihre innere Verbundenheit und ihre weltpolitische Rolle sind das Kapital der G8.

Zugleich tragen die G8 eine besondere Verantwortung für die nachhaltige Gestaltung der globalisierten Wirtschaft. Das internationale Umfeld hat sich 32 Jahre nach ihrem ersten Treffen radikal gewandelt. Die Globalisierung gibt heute die Themen vor, es geht nicht mehr nur um Finanzpolitik, sondern um Klima- genauso wie um Energiepolitik. Schwellenländer wie Indien und China sind längst wichtige Mitspieler in der Weltwirtschaft geworden. Die G8 sind als „Club“ ohne Unterbau immer in der Lage gewesen, auf Veränderungen zu reagieren. Eine der wichtigsten Veränderungen betrifft sicher auch das öffentliche Interesse, das sich auf den Gipfel konzentriert.

Die deutsche Präsidentschaft wird ein Jahr lang dafür arbeiten, dass die G8 ihren Beitrag zu einer gerechten Gestaltung der Globalisierung leisten.

Herr Bundesminister, was kommt Ihnen als Erstes in den Sinn, wenn Sie an Europa denken?

In erster Linie sehe ich in Europa eine große Chance: Nur vereint haben wir Europäer die Möglichkeit, uns in der globalisierten Welt zu behaupten. Der große Binnenmarkt bietet uns die Chance, Kräfte zu bündeln und mit Partnern zusammenzuarbeiten, mit denen wir dieselben Grundwerte teilen. Europa heißt für mich auch, Verantwortung zu übernehmen für Sicherheit, Stabilität und Wohlstand innerhalb der EU, zwangsläufig aber auch über die Grenzen der EU hinaus. Denn im Zeitalter der Globalisierung können wir uns nicht abschotten. Und natürlich heißt Europa für jeden Einzelnen: offene Grenzen, Reisefreiheit und eine gemeinsame Währung.

Sie haben dafür plädiert, man müsse Europa „neu denken“. Das europäische Projekt muss heute anders begründet werden als in den Gründerjahren der Europäischen Gemeinschaft kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Warum brauchen wir Europa heute?

Die Europäische Union ist eine Erfolgsgeschichte: Sie hat uns Frieden, Freiheit, Demokratie, Wohlstand und letztlich die Überwindung der Teilung des Kontinents gebracht. Doch im 21. Jahrhundert stehen wir vor neuen Aufgaben: Es geht um den Erhalt und die Fortentwicklung unseres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells in einer globalisierten Welt, um die Sicherheit unserer Energieversorgung und um die Bekämpfung von Terrorismus und grenzüberschreitender Kriminalität.

Einen Großteil dieser Aufgaben können wir Europäer nur gemeinsam bewältigen. Europa neu denken und neu begründen heißt, sich bewusst machen, dass wir diese Fragen nur mit den europäischen Partnern lösen können. In der Praxis bedeutet das, dass wir in Europa handlungsfähige und demokratisch legitimierte Strukturen brauchen. Deshalb setzen wir uns für Fortschritte beim Verfassungsprozess ein.

Ein Instrument, um das „Projekt Europa“ zu beflügeln, könnte ein neuer Anlauf für eine gemeinsame europäische Verfassung sein. Deutschland hat im ersten Halbjahr 2007 die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union inne. Welche Impulse wollen wir setzen, was könnte am Ende der Präsidentschaft erreicht werden?

Der Europäische Rat hat Deutschland im Dezember letzten Jahres das Mandat erteilt, den Verfassungsprozess wieder in Gang zu bringen und bis Juni einen Fahrplan vorzulegen. Bis dahin wollen wir unseren Partnern zuhören und ausloten, wo die Chancen für eine Einigung liegen. Denn ich bin überzeugt, dass die Verfassung die EU demokratischer und handlungsfähiger machen wird. Es ist aber auch klar, dass wir in den wenigen Monaten unserer Präsidentschaft den Verfassungsprozess nicht werden zum Abschluss bringen können. Dennoch haben wir uns das Ziel gesteckt, dass die Wahlen zum Europäischen Parlament im Frühjahr 2009 auf einer neuen rechtlichen Grundlage erfolgen können.



Wir werden den Frieden in Europa nur dauerhaft sichern, wenn auch unsere Nachbarn in Stabilität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit leben. Darum wird eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik immer wichtiger. Doch in der Öffentlichkeit herrscht vielfach die Meinung vor, dass uns der Rest der Welt im Grunde nichts angeht. Was antworten Sie auf solche Argumente?

Ich stimme Ihrer Einschätzung über die öffentliche Meinung nicht ganz zu. Deutschland ist seit Jahren Exportweltmeister. Den Menschen in Deutschland ist bewusst, dass unser Wohlstand wesentlich von unserem Erfolg auf Märkten jenseits unserer Grenzen abhängt. Zudem sind die Deutschen bekanntlich auch Reise-Weltmeister, was doch ihr Interesse an fremden Ländern und Kulturen zeigt! Kritischer sehen die Menschen das deutsche militärische Engagement im Ausland. Ihre Bedenken nehme ich ernst. Nicht nur deswegen mache ich mir die Entscheidung über einen möglichen Bundeswehreinsatz nicht leicht. Sie können sicher sein: Vor jeder Entscheidung wägt die Bundesregierung die Argumente, die für und wider eine deutsche Beteiligung sprechen, sorgfältig ab. Und natürlich hat letztendlich der Bundestag das letzte Wort bei einer solchen Entscheidung.

Deutschland hat 2007 auch den Vorsitz bei den G8-Staaten. Energie wird hier ein wichtiges Thema sein. Was meinen Sie konkret, wenn Sie davon sprechen: „Energie-Außenpolitik ist Friedenspolitik“?

Ganz ohne Zweifel ist die Verfügbarkeit von Rohstoffen zu einem Einflussfaktor in den internationalen Beziehungen geworden. Mein Interesse als Außenminister ist es, dass sie sich nicht zur allein entscheidenden Machtwährung in den internationalen Beziehungen entwickelt.

Selbstverständlich: Die Endlichkeit der Energieressourcen, die ungleiche Verteilung zwischen den einzelnen Ländern und der globale Ressourcenmangel stehen in einem Spannungsverhältnis. Unsere Energie-, Außen- und Sicherheitspolitik muss sich dieser Herausforderung stellen. Sie muss darauf ausgerichtet sein, diese Konfliktpotenziale zu entschärfen und zu kooperativen Lösungen zu führen. Konkret kann dies beispielsweise heißen, rechtsstaatliche Strukturen zu schaffen. Diese sind nicht nur eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche demokratische Entwicklung. Auch die Wirtschaft kann sich nur entfalten, wenn sie von einem sicheren rechtsstaatlichen Fundament getragen wird.



Schwerpunkte 2007

EU-Ratspräsidentschaft

G8-Agenda

Innenansichten

Was bewegt Europa?

Im ersten Halbjahr 2007 hat Deutschland die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union: Sechs Monate, die es in sich haben. Denn die Erwartungen an Deutschland sind hoch. Die Ziele unserer Präsidentschaft stellen wir Ihnen in diesem Kapitel vor. Die Europäische Union hat in den vergangenen fünfzig Jahren enorme Fortschritte bei der Integration der Volkswirtschaften gemacht. Heute muss die europäische Staatengemeinschaft auch in der Welt eine aktivere Rolle spielen. Wir erläutern Ihnen die Europäische Außenpolitik, die das Auswärtige Amt mitgestaltet. Ob im Kongo oder auf dem Balkan – die Europäische Union ist inzwischen ein gefragter Krisenmanager. Fragen zur Zukunft des europäischen Projekts betreffen uns alle. Die Bundesregierung geht daher neue Wege, um die Europäische Union besser im Dialog zu vermitteln. Europas Stärke liegt in seiner Vielfalt, seinem Pluralismus. Fünf Europäerinnen und Europäer haben für Sie notiert, was ihnen Europa bedeutet.

Denke ich an Europa...

Was fällt Ihnen spontan ein, wenn Sie an Europa denken? Das Reisen ohne Reisepass, der Euro oder das kulturelle Erbe Europas ...? Fünf Europäerinnen und Europäer haben diese Frage für Sie beantwortet. Die griechische Außenministerin Dora Bakoyannis erinnert beispielsweise an die antiken Wurzeln der europäischen Kultur. Und der in der serbischen Vojvodina lebende ungarische Schriftsteller László Végel möchte uns neugierig machen auf die weniger bekannten Randgebiete Europas. Unsere Autorinnen und Autoren verbindet dabei neben ihrem Interesse an Europa, dass sie alle auf die eine oder andere Weise mit der deutschen Kultur in Kontakt gekommen sind: an einer deutschen Auslandsschule, als Gast des Berliner Künstlerprogramms des DAAD, als Stipendiat der Humboldt-Stiftung oder als Sprachkursteilnehmer des Goethe-Instituts.



DORA BAKOYANNIS

ist Außenministerin von Griechenland und hat die deutschen Schulen in Athen und Paris besucht

„Denke ich an Europa, dann erinnere ich mich immer an das Gefühl ...“

... zur großen europäischen Familie zu gehören. Zum ersten Mal habe ich dieses ergreifende Gefühl kennengelernt, als ich ein junges griechisches Mädchen war. Ich ging auf die Deutsche Schule in Athen und später, während meine Familie im Exil lebte, auf die Deutsche Schule in Paris und studierte schließlich an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Oft denke ich daran zurück, wie mein Lehrer uns auf der Europakarte zeigte, dass Europa dort endet, wo der Balkan anfängt: südlich der Donau. Dieselbe Frage stellt sich uns nach so vielen Jahren später wieder: Wo sind die Grenzen Europas? Ich hatte die Ehre, den Feierlichkeiten zur Aufnahme Bulgariens in die EU beiwohnen zu können. Mit diesem historischen Moment verbindet sich die Hoffnung auf Stabilität und Wohlstand in der Region. Als ich mit all diesen Menschen auf dem Platz stand, die einen neuen Schritt in der Geschichte sowohl ihres Landes als auch ihres eigenen Lebens feierten, wurde es spürbar: Europa ist unsere Chance, unterschiedliche Kulturen auf der Basis unserer

gemeinsamen Werte der Demokratie, des Friedens und des Wohlstands für alle zu verbinden. Ich muss dabei an die weisen Worte des Rhetorikers Isokrates denken: „Nicht diejenigen sind Griechen, die in Griechenland geboren sind, sondern jene, die den humanistischen Geist in sich tragen.“ Das lässt sich ohne Abstriche auf Europa übertragen.

Denn Grenzen werden nicht allein von geografischen Gegebenheiten bestimmt. Die Grenzen Europas werden sich weiter ausdehnen, solange Menschen für Werte eintreten, die den Mensch in den Mittelpunkt stellen und mithelfen, diese Werte weiter zu verbreiten. Ich werde nie den Moment vergessen, als mir in den 80er Jahren an einem Infostand in Brüssel eine Broschüre in die Hand fiel, auf deren Titelseite das Wort „Kalimera“ stand. Damals wurde diese Broschüre für zwölf Länder herausgegeben. Heute haben wir 27 „Gute Morgen“, und ich bin mir sicher, dass wir sehr viele gute Tage für Europa erleben werden.



„Nicht diejenigen sind Griechen, die in Griechenland geboren sind, sondern jene, die den humanistischen Geist in sich tragen.“

Isokrates

Die Deutsche Schule Athen (DSA)

Die Deutsche Schule Athen kann mit Stolz auf eine über 110-jährige Geschichte zurückblicken. Der Impuls zu ihrer Gründung ging maßgeblich von Wilhelm Dörpfeld aus, dem damaligen Direktor des Deutschen Archäologischen Instituts. Dörpfeld hatte die Vision, künftige Generationen von deutschen und griechischen Kindern zu gegenseitiger Toleranz, Verständigung und Freundschaft zu erziehen. Bereits im Januar 1897 konnte die Deutsche Schule ihren Betrieb aufnehmen.

Der Idee Dörpfelds ist die Deutsche Schule Athen bis heute verpflichtet. Der Begegnungscharakter wurde noch verstärkt: Die rund 900 Schülerinnen und Schüler kommen aus 13 Nationen. Die zahlenmäßig stärksten Gruppen sind Griechen (ca. 480), Deutsche (ca. 330), Österreicher (ca. 30) und Schweizer (ca. 30). Der Unterricht orientiert sich an deutschen und griechischen Lehrplänen. Im Schuljahr 2005/2006 begann die Umstellung auf die 8-jährige Gymnasialzeit.

Die Absolventen erhalten deutsche und griechische Hochschulabschlüsse. Zahlreiche griechische Absolventen der Deutschen Schule Athen haben diese Möglichkeit genutzt und in Deutschland studiert – so auch Außenministerin Dora Bakoyannis.

An der Deutschen Schule unterrichten 23 aus Deutschland vermittelte und aus Mitteln des Auswärtigen Amts finanzierte Auslandsdienstlehrkräfte, zwei Bundesprogrammlehrkräfte, 35 deutschsprachige Ortslehrkräfte und 38 weitere Lehrkräfte. Den Kindergarten finanziert der Schulverein mit eigenen Mitteln.



THYS KLAASSEN

aus den Niederlanden belegt derzeit einen Sprachkurs am Goethe-Institut Berlin

„Denke ich an Europa, dann denke ich an ...“

...meine Berliner Zeit am Goethe-Institut. Ich habe dort Unterricht mit Europäern, Chinesen und Amerikanern. Im täglichen Umgang ist es immer wieder spannend, unsere unterschiedlichen Kulturen und unsere jeweils typischen Eigenschaften zu entdecken. Während des Unterrichts lernen wir nicht nur Deutsch, beschäftigen uns nicht nur mit der deutschen Geschichte und Kultur. Der Unterricht bietet auch die Möglichkeit, die Kulturen der Kursteilnehmer vorzustellen. So haben wir uns etwa mit der Türkei beschäftigt, die ja möglicherweise der EU beitreten soll. Spannend ist da natürlich der Austausch mit den beiden türkischen Kommissionen. Dabei habe ich viel über die türkische

Geschichte und die Rolle von Politik und Religion in der Türkei gelernt. Besser verstanden habe ich aber auch, dass es bei der Frage des EU-Beitritts keinesfalls nur um Politik oder Wirtschaft geht, sondern auch um die Verständigung zwischen Völkern und Menschen.

Erfahrungen im Ausland helfen, Vorurteile in gegenseitiges Verständnis zu verwandeln. Sie sind der Schlüssel zu einer wirklich erfolgreichen Europäischen Union, die nicht nur von Politikern, sondern auch von den Einwohnern getragen wird. Nur dann lächelt Europa, und seine Sorgen verschwinden.

ANNE STAQUET

aus Frankreich belegt derzeit einen Sprachkurs am Goethe-Institut Berlin

„Denke ich an Europa, dann fühle ich mich ...“

... zwischen sehr unterschiedlichen und zum Teil sogar widersprüchlichen Bildern hin- und hergerissen. Einerseits gefällt mir sehr der Gedanke eines geeinten, seine Unterschiede achtenden Europas. Denke ich jedoch an die Diskrepanzen zwischen Arm und Reich, zwischen Bildungsprivilegierten und -benachteiligten, dann bereitet mir diese Ungleichheit Sorgen. Andererseits frage ich mich, inwieweit Europa Kompromisse akzeptieren muss, damit die Union möglich wird. Zudem sehe ich die Gefahr, dass das europäische Projekt auf den kleinsten gemeinsamen, wirtschaftlichen Nenner reduziert wird.

Europa legt großen Wert auf die Mündigkeit des Bürgers, auch das gefällt mir sehr. Doch die Politiker sind immer noch eine von den meisten Menschen weit entfernte Kaste, sodass sich diese in deren Beschlüssen nicht wiederfinden. Ich verstehe die Schweizer, die daran gewöhnt sind, in allem mitzubestimmen, was in ihrer Stadt, ihrem Kanton oder ihrem Land vorgeht, und der Europäischen Union nicht beigetreten sind, weil sie dann möglicherweise nicht mehr viel zu sagen hätten. Wie sollen Europäer sich dem europäischen Ideal nähern,

wenn ihnen die Möglichkeit fehlt, bei wichtigen Entscheidungen mitzureden?

Darüber hinaus stellt die Europäische Union umfangreiche Mittel zur Verfügung, damit die Bürger das, was auf europäischer Ebene geschieht, verstehen und akzeptieren können. Aus meiner Sicht wurde jedoch bisher noch nicht ausreichend über die veränderte Funktionsweise von Demokratie nachgedacht: Welche Strukturen muss Europa etablieren, damit Bürgerinformationen nicht als Propaganda wahrgenommen werden? Wie kann verhindert werden, dass Geld über den Ausgang von Wahlkämpfen entscheidet? Dies bedingt eine Weiterentwicklung der Demokratie. Doch die europäischen Institutionen und ihre Protagonisten machen auf mich nicht den Eindruck, als hätten sie bereits begonnen, über diese zentralen Zukunftsfragen nachzudenken.

Trotz aller Unzulänglichkeiten und Versäumnisse ist die Europäische Union für mich natürlich ein interessantes Projekt. Doch wäre es ein Fehler, wenn sie sich weiterhin vorwiegend als wirtschaftliches Projekt verstehen würde.



BENJAMIN HUTCHINSON

ist Germanist und forscht derzeit als Stipendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung am Deutschen Literaturarchiv in Marbach

„Denke ich an Europa, dann denke ich nicht an politische Institutionen, ...“

... umstrittene Verfassungen oder grandiose philosophische Visionen, sondern an den engen Umkreis meiner eigenen Freunde. Zahlreiche Dichter und Denker mögen sich schon zum paneuropäischen Traum geäußert, jeder ernstzunehmende Politiker mag sein eigenes „Konzept“ für Europa vorgelegt haben: Für meinen Freundeskreis ist es aber eine Selbstverständlichkeit, dass wir „europäisch“ sind, wir brauchen kein theoretisches oder politisches Rüstzeug. Europa zum Anfassen? Das Thema existiert für uns gar nicht mehr, es ist längst Teil unseres Alltags geworden.

Mag sein, dass ich nicht ganz unbefangen bin. Als englischer Germanist, der mit seiner französischen Frau in Deutschland wohnt, ist Dreisprachigkeit längst zu einem *modus vivendi* geworden. Auf die viel zitierte Mehrsprachigkeit Europas kommt es aber nicht an; viele meiner internationalen Bekannten verständigen sich ohnehin nur auf Englisch (oder zumindest in einer Sprache, die manchmal eine gewisse Ähnlichkeit mit Englisch hat). Dass man sich aber im Ausland möglichst jung auf die Probe stellen muss, dass die besten Jobs immer im internationalen Bereich zu finden sind, versteht sich für unsere Generation fast von selbst. „International“ gilt als Voraussetzung für jede ernstzunehmende Tagung oder Veranstaltung.

Andererseits gelten in der Politik individuelle *nationale Interessen* immer noch als heilig, was manchmal auch in den vermeintlichen internationalen Geisteswissenschaften zu sehen ist. Sprachfakultäten wollen oft ihre eigene Disziplin verteidigen, Komparatistik ist in der Praxis häufig verpönt (vor allem in England!), als gäbe es einen ständigen Wettbewerb zwischen den verschiedenen Sprachen. Den es leider

gewissermaßen auch gibt. Wie kann man aber die englische Literatur verstehen, ohne etwa Dante zur Kenntnis zu nehmen, wie kann man die deutsche Literatur verstehen, ohne Shakespeare gelesen zu haben? *No Mann is an island...*

Die Geschichte des europäischen Projekts seit dem Zweiten Weltkrieg mag eine ständige, manchmal etwas rutschige Gratwanderung zwischen internationaler Zusammenarbeit und nationalem Eigeninteresse gewesen sein; für eine Generation, die mit der Europäischen Union aufgewachsen ist, bleibt aber nur die Frage, wie man sich innerhalb eines so breit gefächerten internationalen Rahmens zurechtfinden kann. Dass es einen solchen Rahmen aber geben soll, so unvollkommen er auch sei, steht längst außer Frage. Wir, die kommende europäische Generation, können nur immer wieder versuchen, die wohl unvermeidlichen Unzulänglichkeiten und Ungerechtigkeiten eines höchst komplizierten, mal frustrierenden, mal förderlichen bürokratischen Systems auszubügeln. Europa ist mit allen Vor- und Nachteilen nicht mehr wegzudenken.

„Denke ich an Europa, an die Herausforderungen, denen unsere Generation gegenübersteht, dann denke ich an die unsterblichen Worte des großen Europäers Samuel Beckett: ‘Try again. Fail again. Fail better’.“



LÁSZLÓ VÉGEL

Der ungarische Autor lebt in der Vojvodina und ist derzeit Gast des Berliner Künstlerprogramms des DAAD.

„Zur Zeit der großen Wirtschaftskrise in den zwanziger Jahren ...“

... verschlug es meinen Großvater nach Frankreich, wo er in einer Gärtnerei Arbeit fand. Während seines über zehnjährigen Auslandsaufenthalts entwickelte er eine Vorliebe dafür, in seiner freien Zeit Gallien zu durchstreifen. Bei seiner Heimkehr brachte er ungewöhnliche, exotische Samen und Blumenzwiebeln mit. Er prüfte umgehend jedes geeignete Stück Land rings um sein Haus, teilte es in Parzellen auf, bepflanzte nach Abschluss der Vorbereitungsprozeduren den Garten und ließ den Pflanzen, die andere Bedingungen gewohnt waren, eine sorgfältige Pflege angedeihen.

„Europa, das er selbst erschaffen hatte und das in exotischen, in üppiger Farbenpracht blühenden, weitläufigen Blumenbeeten sein Sinnbild fand.“

Wider Erwarten ließen sich die ungewöhnlichen Blumensorten nur schwer absetzen. Der Kundenkreis bestaunte sie, scheute jedoch vor dem Neuartigen zurück und kaufte nur die herkömmlichen, vertrauten Pflanzen. Zum Glück hatte er neben der Einführung der neuen auch die Züchtung der gewöhnlichen Gartenblumen nicht aufgegeben. Nur dadurch konnte er den Familienunterhalt sichern, während er, sich seiner Würde voll bewusst, indessen mit Befriedigung registrierte, dass in seinem Garten die Blumen Europas blühten.

In den zwanziger Jahren kam Europa nicht zur Ruhe: in der Literatur war die Avantgarde Mode, im Leben die Arbeiterbewegung. Wie der Großteil der Gärtner war mein Großvater

unter den Ersten, die sich der Gewerkschaftsbewegung anschlossen. Er war bekannt für seine ungewöhnlichen Blumensorten französischer und holländischer Veredelung und seine Mitarbeit in der Gewerkschaftsbewegung. Ersteres führte dazu, dass man ihn für einen Sonderling hielt, Letzteres, dass ihn die serbische Polizei als mutmaßlich kommunistisches Element beobachtete. Die Berichte über Großvater mehrten sich. 1941 geriet das Dossier in die Hände von Horthys Geheimpolizei, worauf mein Großvater, der begeisterte Blumenzüchter, 1942 von den ungarischen Behörden verhaftet und ins Csillaggefängnis in Szeged eingesperrt wurde. Aus Mangel an Beweisen kam er nach anderthalb Jahren wieder frei.

Bei seiner Rückkehr aus dem berüchtigten Gefängnis empfing ihn ein deprimierender Anblick. Die Blumenbeete rings um das Haus waren eingegangen. Wie ein Besessener machte er sich daran, sie wieder zu beleben. Nach mühseliger Arbeit stand der Garten im Frühsommer wieder in voller Pracht, und der Krieg näherte sich seinem Ende.

In einer windstillen Nacht im Herbst 1944 rissen ihn kommunistische Partisanen aus dem Schlaf. Sie hämmerten mit den Fäusten an das Fenster, das zur Straße ging. Entsetzt sprang er aus dem Bett, entriegelte arglos die Eingangstür. Die unerwarteten nächtlichen Besucher warfen ihn zu Boden, schlugen und prügelten auf ihn ein und brüllten aus vollem Hals, er sei ein ungarischer Faschist. Sie richteten meinen Großvater, der bis dahin als mutmaßlicher Kommunist gegolten hatte, derart zu, dass er sich wochenlang kaum rühren konnte. Er erholte sich nie wirklich davon. Bis an sein Lebensende isoliert, humpelte er über seine holprigen Pfade. Bis zu seinem Tod interessierte er sich



nur noch für den Garten, zu sprechen vermochte er nur noch mit seinen Blumen. In seiner verschlossenen Welt war ihm nur ein Vaterland geblieben: Europa, das er selbst erschaffen hatte und das in exotischen, in üppiger Farbenpracht blühenden, weitläufigen Blumenbeeten sein Sinnbild fand.

Ich erlebe mein eigenes Leben als eine Fortsetzung seines Schicksals. In Novi Sad, jener seltsamen, multikulturellen Welt an der

Grenze zwischen Mitteleuropa und dem Balkan, fühle ich mich oft wie ein Waisenkind der Randzone, das beharrlich durch den Garten streift und mit nicht nachlassender Begeisterung exotische Blumen züchtet. Das apokryphe Europa meines Großvaters, das spannender als das echte ist, in welchem die Brüsseler Mühlen eintönig vor sich hin mahlen, darf nicht verschwinden.

Aus dem Ungarischen von Akos Doma

Goethe-Institut

- > Vermittelt im Ausland deutsche Sprache und Kultur
- > Weltweit präsent mit 142 Instituten (inkl. Außenstellen) in 79 Ländern
- > 186.000 Sprachkursteilnehmer pro Jahr
- > Förderung durch das Auswärtige Amt: rund 170 Mio. € (2007)
- > Mehr Informationen im Internet: www.goethe.de

Deutsche Auslandsschulen

- > Orte der Begegnung und des interkulturellen Dialogs: Sie vermitteln deutsche Sprache und Kultur sowie ein aktuelles Deutschlandbild.
- > Weltweite Präsenz: 117 Deutsche Schulen mit 70.000 Schülerinnen und Schülern
- > 25 % der Absolventen entscheiden sich für ein Studium in Deutschland
- > Förderung durch das Auswärtige Amt: rund 168 Mio. € (2006)
- > Mehr Informationen im Internet: www.auslandsschulwesen.de

Alexander von Humboldt-Stiftung

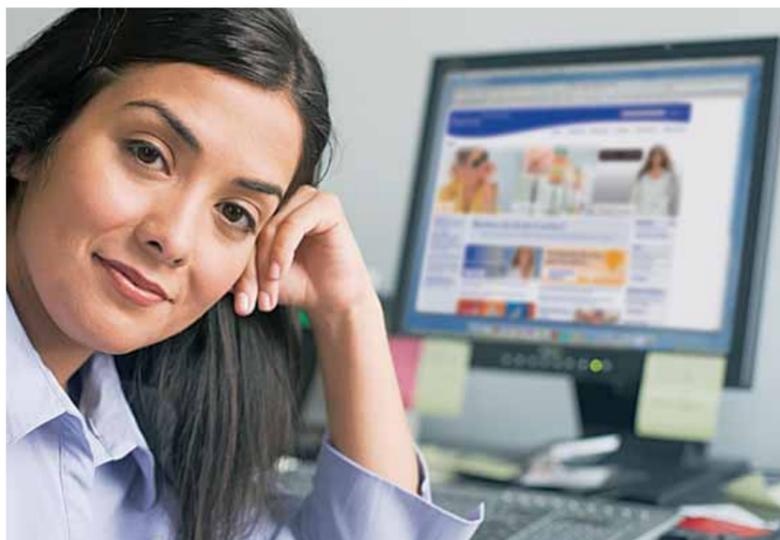
- > Fördert Forschungsaufenthalte von Spitzenwissenschaftlern in Deutschland
- > Seit 1953: über 23.000 Geförderte
- > Bislang 40 Nobelpreisträger unter den Geförderten – fünf allein 2005
- > Förderung durch das Auswärtige Amt: rund 27,6 Mio. € (2006)
- > Mehr Informationen im Internet: www.avh.de

Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)

- > Fördert den internationalen Austausch von Studierenden und Wissenschaftlern
- > Seit 1950: rund 640.000 ausländische Geförderte
- > Berliner Künstlerprogramm des DAAD: jährlich rund 20 Stipendien für einen einjährigen Berlin-Aufenthalt in den Sparten Bildende Kunst, Literatur, Film und Musik
- > Weltweite Präsenz: 14 Außenstellen, 48 Infozentren und rund 450 DAAD-Lektorate
- > Förderung durch das Auswärtige Amt: rund 126 Mio. € (2006)
- > Mehr Informationen im Internet: www.daad.de

Vom Problem zur Richtlinie: Beispiel Verbraucherschutz im Internet

Stefan Rössel



Mehr Rechte für Verbraucher
beim Einkaufen per Mausclick

In den vergangenen fünf Jahrzehnten sind Europas Volkswirtschaften immer weiter zusammengewachsen. Produkte und Dienstleistungen werden ganz selbstverständlich über Grenzen hinweg angeboten und nachgefragt, der Handel im Binnenmarkt ist für Unternehmen und Verbraucher zur Normalität geworden.

Dass wir Waren aus anderen Mitgliedstaaten der EU nicht mehr nur im spezialisierten Einzelhandel kaufen können, sondern buchstäblich vor Ort, ist auch Teil des Erfolges des Internets. Niemand muss mehr nach Mailand, Paris oder London fahren, um zu kaufen, was es daheim nicht gibt – es findet sich im Internet und oft zu verlockenden Preisen.

Doch was ist, wenn die neue Handtasche blau und nicht braun ist, kein Wintermantel mehr gebraucht wird, weil plötzlich Frühling ist, oder die Schuhe längst nicht so hübsch sind wie sie

auf dem Bildschirm wirkten? Beim Kauf im Geschäft gibt der Käufer dem Verkäufer die Sache zurück. Wie sollen aber Mängel und Schäden reklamiert und die Rückgabe vereinbart werden, wenn der Händler oder Hersteller am anderen Ende des Kontinents sitzt? Fragen, die dringend zu klären waren.

Der Verbraucher musste wissen, dass er auch beim Kauf im Internet zu seinem Recht kommt. Ohne dieses Vertrauen hätte sich der grenzüberschreitende Internethandel im rechtlosen Raum nicht entwickeln können. Um Verbraucher beim Internethandel zu schützen, hat die EU schon 1997 ein Gesetz erlassen, die *Fernabsatz-Richtlinie*. Zwar hätte auch jedes Land für sich diese Fragen regeln können. Es ist jedoch viel sinnvoller, für den Handel im Binnenmarkt auch einen einheitlichen europäischen Rechtsrahmen zu schaffen. Am Anfang stand dabei ein Richtlinien-Entwurf der EU-Kommission: Die europäischen Beamtinnen und Beamten der Kommission haben die Aufgabe, Gesetzesvorhaben der EU vorzubereiten. Über diesen Text diskutierten dann die Vertreterinnen und Vertreter der – damals noch 15 – Mitgliedstaaten in einer vom Rat eingerichteten „Arbeitsgruppe“. Der Rat muss als Gremium der Mitgliedstaaten jedem Gesetzesvorhaben zustimmen – ebenso wie in vielen Fällen das Europäische Parlament. So wird sichergestellt, dass jedes Land seine Vorstellungen einbringen kann.

Zunächst müssen diese Vorstellungen auf nationaler Ebene formuliert werden. Üblicherweise entwirft das „federführende Ressort“ – also das Ministerium, in dessen Aufgabenbereich die Sache fällt, in unserem Fall das der Justiz – eine deutsche Stellungnahme zu dem Kommissionsvorschlag. Alle übrigen Ministerien können Kommentare und Vorschläge einreichen, über deren Aufnahme in die deutsche Position im Kreis der Ressorts beraten wird. Aufgabe des

Auswärtigen Amts ist es dabei auch, den europäischen Prozess voranzubringen. Als europäisches Koordinierungsressort müssen wir etwa frühzeitig darauf aufmerksam machen, falls sich Deutschland mit einer Verhandlungsposition im europäischen Kreis zu isolieren droht. Die von der Bundesregierung verabschiedete Position ergeht schließlich als „Weisung“ per E-Mail an die Fachbeamten in der in Brüssel tagenden Ratsarbeitsgruppe.

Falls es den Arbeitsgruppen dort nicht gelingt, über jeden Punkt einig zu werden oder Kompromisse zu finden, ist es an den Botschafterinnen und Botschaftern der Mitgliedstaaten bei der EU, eine Lösung zu suchen. Das entsprechende Brüsseler Gremium heißt Ausschuss der Ständigen Vertreter – kurz AstV. Wenn auch der AstV kein Ergebnis findet, dann ist – als letzte Instanz – der Ministerrat gefragt, also die Runde der fachlich zuständigen Minister: Sie treffen die politische Entscheidung über jedes neue EU-Gesetz.

Im Bereich des Binnenmarkts beschließt der Rat fast immer mit qualifizierter Mehrheit – einigt man sich nicht, wird abgestimmt. Das sorgt für eine gewisse Spannung im Verfahren. Denn Staaten müssen stets darauf achten, dass sie Verbündete für ihre Positionen finden und mit ihrer Meinung nicht allein stehen und überstimmt werden. Die Mitarbeiter der Vertretungen bei der EU informieren ihre Hauptstädte, ob die eigene Position mehrheitsfähig ist oder ob zumindest genügend Stimmen zusammenkommen, um Alternativen zu formulieren. Wichtig ist dabei neben den förmlichen Sitzungen auch der zwanglose Austausch im Café oder bei einem Bier. Oft werden dabei die Hintergründe und Motive des anderen viel deutlicher und verständlicher. Und zwischen den Sitzungen lassen sich Kompromisslinien oft informell sondieren: Wer in der einen Sache nachgibt, der kann in anderer Angelegenheit auf das Entgegenkommen seiner Partner zählen.

Kompromisse waren bei unserer Richtlinie nicht nur im Rat und seinen Arbeitsgruppen nötig, auch im Europäischen Parlament wurden die Einzelheiten des Textes hart verhandelt. Auch über diese Entwicklungen haben die Mitarbeiter der Ständigen Vertretung natürlich regelmäßig



Treffen des Bundeskabinetts mit
der Europäischen Kommission am
9. Januar 2007

nach Berlin berichtet. Nachdem schließlich auch zwischen Parlament und Rat Einigkeit herrschte, die Richtlinie damit in Kraft treten konnte, war es an den einzelnen Mitgliedstaaten, die Vorgaben in nationales Recht umzusetzen.

Die Arbeit hat sich gelohnt: Wer etwas im Internet kauft, hat seither das Recht, die Ware nach Erhalt ohne Angabe von Gründen zurückzusenden – selbst wenn ihm die Ware einfach nicht gefällt oder er es sich anders überlegt hat. Auf diese und andere EU-weit geltenden Vorschriften zum Verbraucherschutz im Internet können heute nicht bloß die Käufer vertrauen – auch die Anbieter haben Rechtssicherheit, denn überall in der Europäischen Union sind seither dieselben Grundsätze zu beachten. Dies ist nur eines von vielen Beispielen, bei denen der Binnenmarkt nicht nur enorme Möglichkeiten für die Wirtschaft und jeden Einzelnen verspricht, sondern durch einen stabilen Rechtsrahmen dafür sorgte, dass aus großen Chancen großer Nutzen wurde.

Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft

Peter Löffelhardt



Straßenszene: Logo der EU-Ratspräsidentschaft

Am 1. Januar 2007 hat Deutschland den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernommen. In die deutsche Präsidentschaft fällt der 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957.

Dieser Geburtstag ist ein guter Anlass, innezuhalten und zurückzublicken, auf das, was die EU erreicht hat. Die Geschichte der europäischen Integration ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte: Sie hat diesem Kontinent in nie da gewesener Weise Frieden und Wohlstand gebracht, Freiheit und Demokratie, die Überwindung der Teilung des Kontinents, einen gemeinsamen Binnenmarkt mit einer halben Milliarde Menschen, Reisefreiheit und eine gemeinsame Währung.

Die EU steht heute vor neuen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Es geht um die wirtschaftliche, soziale und ökologische Modernisierung im Zeitalter der Globalisierung, die Sicherung der Energieversorgung bei knapper werdenden Ressourcen, die Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität, das Eintreten für Frieden und Demokratie in der Welt sowie das Engagement für die Zukunft unseres Planeten. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union können diese Aufgaben nur gemeinsam erfolgreich bewältigen.

Beim Frühjahrsgipfel Anfang März standen Energie und Klimapolitik im Mittelpunkt. Energie und Klimaschutz gehören zu den wichtigsten Zukunftsfragen. Das in hohem Maße von Energieimporten abhängige Europa braucht eine gemeinsame europäische Energiepolitik. Gleichzeitig muss die EU den nationalen und globalen Klimaschutz vorantreiben. Europa wird sein Gewicht nur zur Geltung bringen können, wenn es wirtschaftlich stark und dynamisch

ist. Europa braucht daher eine Wirtschaftsordnung, die Wettbewerbsfähigkeit mit sozialer und ökologischer Verantwortung verbindet.

Die Innen- und Justizpolitik sind ebenfalls zentrale Themen. Beim Kampf gegen Terrorismus und Kriminalität erwarten die Bürger ein entschlossenes Vorgehen der EU bei gleichzeitigem Schutz der bürgerlichen Freiheiten.

Auch außenpolitische Fragen werden Deutschland während der gesamten EU-Präsidentschaft intensiv beschäftigen. Da kein Staat in Europa alleine für seine Sicherheit sorgen kann, ist ein gemeinsames und entschlossenes Auftreten der EU besonders wichtig.

Ein Ziel der europäischen Außenpolitik ist es, Sicherheit und Stabilität auf die Nachbarregionen der EU auszudehnen. Den Ländern jenseits der Ostgrenze der EU, aber auch der Mittelmeerregion gilt das besondere Augenmerk der deutschen Präsidentschaft. Die europäische Nachbarschaftspolitik soll weiterentwickelt werden. Ferner soll die strategische Partnerschaft der EU mit Russland auf eine neue Grundlage gestellt werden. Priorität haben aber auch Zentralasien sowie der Nahe Osten. Hier engagiert sich die deutsche Ratspräsidentschaft für eine umfassende Friedenslösung.

Zu den weiteren Schwerpunkten der Präsidentschaft gehört der Ausbau des weltweiten Netzes von strategischen Partnerschaften der EU mit den anderen Weltregionen sowie eine aktive Außenhandelspolitik. Die deutsche Präsidentschaft wird sich für eine Stärkung der Beziehungen im politischen und wirtschaftlichen Bereich mit den Vereinigten Staaten und Asien einsetzen. Im Dialog mit den afrikanischen Partnern wollen wir im Interesse von Frieden und stabiler Entwicklung die EU-Afrika-Strategie voranbringen. Auch die Beziehungen



Fassadenbeleuchtung der Deutschen Botschaft in Rom mit dem Logo der EU-Ratspräsidentschaft

zu Lateinamerika und der Karibik sollen weiter vertieft werden.

Im Juni 2007 wird sich der Europäische Rat mit dem Verfassungsprozess beschäftigen. Die Verfassung würde die EU demokratischer, transparenter und effizienter machen. Deshalb steht Deutschland zur Verfassung. Der Vorsitz spielt jedoch eine vermittelnde Rolle, und die Ausgangslage ist nicht einfach: Während eine deutliche Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten der Europäischen Verfassung zugestimmt hat, ist sie in zwei Mitgliedstaaten bei Referenden abgelehnt worden.

Am Ende der deutschen Präsidentschaft wird kein konkreter Text für die Verfassung stehen. Das Ziel der deutschen Ratspräsidentschaft ist es, den Verfassungsprozess wieder in Gang zu setzen und hierfür Verfahrensregeln, Zeitplan und inhaltliche Ausrichtung festlegen zu können.

Die EU steht vor wichtigen Zukunftsaufgaben – und die deutsche Präsidentschaft wird sie nicht alleine lösen können. Sie bedarf der Unterstützung aller Mitgliedstaaten. Besonders eng kooperiert Deutschland mit Portugal und Slowenien, die nach uns den Vorsitz übernehmen werden. Als „Triopräsidentschaft“ verfolgen diese drei Staaten über 18 Monate

ein gemeinsames Programm. Vieles von dem, was unter deutscher Präsidentschaft begonnen wird, werden Portugal und Slowenien weiterführen. Von der deutschen Präsidentschaft muss ein Signal der Zuversicht ausgehen. Die Zukunft hält große Chancen bereit, die die Europäer gemeinsam nutzen sollten: Europa gelingt gemeinsam.

Tagesaktuelle Informationen über die deutsche Ratspräsidentschaft finden Sie unter www.eu2007.de


Europa gelingt gemeinsam.

TAGEBUCH

Holländischer Koch in deutscher Küche

Erik Weststrate

Der Europäische Gedanke wird im Auswärtigen Amt auch in einer sehr praktischen Weise sichtbar: Austausch-beamtinnen und -beamte aus anderen EU-Mitgliedstaaten arbeiten im Auswärtigen Amt mit. Erik Weststrate aus den Niederlanden ist einer von ihnen. Seit August 2004 bereitet er die monatlichen Treffen der EU-Außenminister, die „Außenministerräte“, vor. Im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft koordiniert er zudem alle Treffen der EU-Minister mit anderen Staaten. Erik Weststrate hat eine Woche lang ein Tagebuch geführt: ein Einblick in den Arbeitsalltag eines Referenten im Auswärtigen Amt.

Montag Heute steht ein Treffen der EU mit Russland an. Nicht alle 27 Außenminister der EU kommen zusammen, sondern nur die vier Vertreter der „EU-Troika“: Bundesminister Steinmeier, Javier Solana für das Ratssekretariat, ein Kommissar der Europäischen Kommission und ein Vertreter der nächsten Präsidentschaft, Portugal. Dass es nur vier Vertreter sind, macht es nicht unbedingt einfach. Die Frage, wer von ihnen genau zu welchem Punkt der Tagesordnung als Erster etwas sagen darf, hat uns schon viel Zeit gekostet.

Dienstag Auf dem Programm steht heute eine Besprechung zur Tagesordnung des Außenministerrates am kommenden Montag. Es obliegt der Präsidentschaft, die Themen festzulegen – leichter gesagt als getan. Heute legen wir fest, welche Ziele wir bei welchem Thema verfolgen. Die beteiligten Referate stellen die Sachthemen kurz vor. Schnell wird klar: Der spannendste Punkt ist der „Westliche Balkan“. Dabei geht es um die schwierige Kosovo-Frage. Wie können die 27 Außenminister zu einer Lösung des ungeklärten Status des Kosovo beitragen? Wie können wir Serbien ermutigen? Auch die anderen Themen haben es in sich: Iran, Sudan, Somalia und natürlich der Nahostfriedensprozess.

Mittwoch Mal wieder etwas Zeit für die Vorbereitung des Treffens der 27 EU-Außenminister mit ihren Kollegen aus den Balkan-Staaten am Rande des Rates. Zusammen mit unserer Ständigen Vertretung (siehe Beitrag Seite 8) in Brüssel gehen wir die Einzelheiten durch: Ist die Dolmetschung geregelt, wer hat überhaupt schon zugesagt, wer sitzt wo. Heute komme ich endlich mal wieder zum Mittagessen in der Kantine. Ich folge einer ehrwürdigen Tradition im Auswärtigen Amt und verabrede mich mit einem Kollegen aus einem anderen Referat. Das Mittagessen ist wirklich *das* soziale Ritual im Hause: Alle Türen öffnen sich und man trifft sich in der Kantine.

Donnerstag Jetzt müssen wir die Gesprächsunterlagen vorbereiten, die der Minister beim Rat am Montag verwenden kann: zehn Themen, zehn Gesprächsunterlagen (im Amtsjargon „Sprechzettel“ genannt). Ein solches Dokument informiert im DIN-A4-Format über die Ziele der Debatte, potenzielle Schwierigkeiten und die Position der anderen EU-Mitgliedstaaten. Und natürlich müssen wir Vorschläge machen, wie sich der Minister zu einem Thema äußern und welche Ergebnisse er für die „Schlussfolgerungen“ des Rates vorschlagen sollte.

Freitag Endspurt für die sogenannte „Ratsmappe“. Alle Gesprächsunterlagen für den Rat gebündelt und etliche Hintergrunddokumente, da kommt man schnell auf ein Paket von über 200 Seiten. Alles wird 20-mal kopiert und einsortiert. Ich bin froh, dass mir dabei drei Kollegen helfen. Langsam trudeln die letzten Gesprächsunterlagen auf meinem PC ein. Kurz vor Mitternacht haben wir endlich die finale Unterlage.

Samstag Um 10.00 Uhr haben wir eine Abschlussbesprechung mit allen Beteiligten. Einige Unterlagen müssen noch einmal aktualisiert werden – die Aktualisierung der Aktualisierung, denn die Weltlage ändert sich permanent. Ab 11.00 Uhr kann das große Kopieren auch für die letzten Unterlagen beginnen. Um 15.00 Uhr sind wir fertig und haben 20 Pakete von über 200 Seiten produziert. Damit müssten der Minister und seine Berater alles im Gepäck haben, um am Montag den Rat bestreiten zu können. Ich steige auf mein Hollandrad und fahre nach Hause. Für mich hat das Wochenende nun endlich angefangen ...



Javier Solana, Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, begrüßt Frank-Walter Steinmeier

GASP

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU

Thomas Schieb und Hans-Peter Jugel

Jahrzehntelang standen bei der europäischen Integration Konfliktvermeidung und Versöhnung nach innen – zwischen den EU-Mitgliedstaaten – im Vordergrund.

Für Fragen der äußeren Sicherheit war in erster Linie die nordatlantische Allianz zuständig. Nach dem Ende des Kalten Krieges und der Auflösung der bipolaren Weltordnung wurde der EU bewusst, dass auch sie auf internationaler Bühne, als „Exporteur“ von Sicherheit nach außen, gefordert sein würde. Unter den EU-Mitgliedstaaten wuchs die Erkenntnis, dass eine politische Union auch eine außen- und sicherheitspolitische Dimension besitzt – dies war die Geburtsstunde der Gemeinsamen Außen- und

Sicherheitspolitik der EU (GASP), verankert im Vertrag von Maastricht von 1992.

Ziel der GASP ist es u. a., zur Wahrung des internationalen Friedens beizutragen und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte zu fördern. Dabei ist klar: Die internationale Handlungsfähigkeit der EU ist umso größer, je mehr die EU-Mitgliedstaaten außenpolitisch mit einer Stimme sprechen und gemeinsam handeln. Dabei will die GASP mehr sein als die „Summe“ der nationalen Außenpolitiken der EU-Mitgliedstaaten.

Zunächst wurden die Europäer ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht: Die EU erwies sich als unfähig, die Krise des zerfallenden Jugoslawiens zu meistern, der Kosovo-Krieg 1999 >

konnte nur mit Hilfe der NATO beendet werden. Die EU-Mitgliedstaaten lernten dazu: Sie ergänzten im Jahre 1999 das bisherige Instrumentarium der GASP um die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und versetzten die EU so in die Lage, Konfliktlösung und Friedenssicherung auch mit Maßnahmen des zivilen und des militärischen Krisenmanagements zu betreiben und notfalls durchsetzen zu können.

Die Unfähigkeit, sich im Frühjahr 2003 in der Irakfrage auf eine gemeinsame Linie zu einigen, stürzte die GASP in eine vorübergehende Krise. Aber auch hieraus zogen die Mitgliedstaaten Konsequenzen. Um eine konzeptionelle Grundlage und Leitlinie für die GASP zu schaffen, verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der EU im Dezember 2003 die Europäische Sicherheitsstrategie. Die Strategie beruht auf der Erkenntnis, dass die neuen Bedrohungen – wie die Gefahr des internationalen Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen – nicht an den Grenzen der Nationalstaaten haltmachen und nur gemeinsam, im Verbund mit Partnern, bewältigt werden können. Sie gibt die strategischen Ziele vor, die bei der Bewältigung der heutigen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen zu verfolgen sind.

Die Außen- und Sicherheitspolitik der EU hat sich in den letzten Jahren mit enormer Geschwindigkeit weiterentwickelt. In zahlreichen Konfliktherden in unserer unmittelbaren oder weiteren Nachbarschaft war und ist die EU engagiert. Aktuelle Beispiele:

- > Die EU spielt eine zentrale Rolle in Bosnien und im Kosovo, politisch wie militärisch; nach der Entscheidung über den zukünftigen Status des Kosovo wird die EU dort die Führungsrolle übernehmen und die sogenannte „Statuslösung“ im Rahmen der bisher größten zivilen ESVP-Mission absichern helfen.
- > Nach vielen Jahren grundlegender Meinungsverschiedenheiten hat die EU eine gemeinsame Position zum Nahostkonflikt entwickelt. Sie führt eine Mission zur Unterstützung der Grenzkontrolle in Gaza durch, ist im Rahmen von UNIFIL im Libanon engagiert und spielt eine zentrale Rolle im jüngst „revitalisierten“ Nahost-Quartett.
- > Im Kongo hat die EU eine zeitlich begrenzte militärische Mission zur Unterstützung der Wahlen erfolgreich abgeschlossen und

engagiert sich dort sowie in anderen Teilen Afrikas im politischen Prozess zur Sicherung des Friedens.

Eine Stärke der GASP liegt darin, dass sie vielfältig agieren kann: Möglich sind gemeinsame Erklärungen, Demarchen oder Vermittlungsbemühungen, aber auch Sanktionen bis hin zu Einsätzen des zivilen und des militärischen Krisenmanagements. Gesicht und Stimme der GASP ist der Spanier Javier Solana, der sogenannte Hohe Vertreter. Solana unterstützt die EU-Außenminister und ist seit Einrichtung dieses Amtes im Jahr 1999 im unermüdlichen Einsatz – sei es, um in der „oranzen Revolution“ in der Ukraine zu vermitteln, dem Iran ein Verhandlungsangebot im Nuklearstreit zu unterbreiten oder, wie in jüngster Zeit, zur Wiederbelebung des Nahost-Quartetts beizutragen.

Eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik setzt voraus, dass sich die EU-Mitgliedstaaten zunächst auf gemeinsame Positionen einigen, die sie dann gemeinsam nach außen vertreten. Dieser Abstimmungsprozess findet täglich in den zahlreichen Brüsseler Gremien statt, in denen Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedstaaten auf der Grundlage von Weisungen aus den Hauptstädten Informationen und Bewertungen miteinander austauschen, gemeinsame Linien entwickeln und Vorschläge für Handlungsoptionen erarbeiten. Die Entscheidungen zu bestimmten Maßnahmen der GASP treffen dann die einmal monatlich tagenden Außenministerinnen und Außenminister der EU.

Mit zunehmenden außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen – hierzu zählt auch das Thema Energieversorgungssicherheit – wird die Bedeutung der GASP weiter wachsen. Mit dem Europäischen Verfassungsvertrag würde das Amt eines europäischen Außenministers geschaffen, den ein europäischer Auswärtiger Dienst bei seiner Arbeit unterstützt. Damit würde die EU noch handlungsfähiger – gerade auch aus diesem Grund setzt sich die deutsche EU-Ratspräsidentschaft für den Verfassungsvertrag ein.

Übrigens: Kaum ein EU-Thema ist in der europäischen Öffentlichkeit so wenig kontrovers wie die gemeinsame Außenpolitik der EU. Regelmäßig durchgeführte Umfragen zeigen, dass eine deutliche Mehrheit der EU-Bürger ihren weiteren Ausbau unterstützt.



Dieser Klassenraum einer Grundschule in Kinshasa wurde mit Mitteln der EUFOR renoviert

ESVP

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Wenige Jahre nach ihrer „Geburtsstunde“ beim Europäischen Rat in Köln 1999 ist die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) heute einer der dynamischsten Bereiche der europäischen Politik.

Mit der ESVP ist die EU zu einem immer stärker nachgefragten Krisenmanager geworden. Deutschland hat sich von Anbeginn für einen gleichberechtigten Aufbau ziviler und militärischer Fähigkeiten zur Krisenbewältigung eingesetzt. Deutsche zivile Expertinnen und Experten, Berater, Soldaten, Polizisten und Zöllner sind heute in EU-Missionen im Einsatz.

Im Rahmen der ESVP unterstützt die EU die Sicherung des Grenzübergangs Rafah im Gazastreifen und bildet irakisches Justizpersonal aus. Europäer unterstützen die palästinensische, die bosnische und die kongolesische Polizei. In Aceh/Indonesien haben europäische Berater die Umsetzung des Friedensprozesses überwacht. Aber auch militärisch zeigt die Europäische Union Präsenz und schafft dadurch Sicherheit für die Menschen im westlichen Balkan, in der unmittelbaren Nachbarschaft der Europäischen Union. Europas Soldaten haben ebenfalls einen entscheidenden Beitrag zum friedlichen Verlauf der ersten demokratischen Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo seit 40 Jahren geleistet. Darüber berichtet Thomas Zahneisen im folgenden Artikel.



Straßenszene in Kinshasa

MILITÄRISCHER FRIEDENSEINSATZ

Als politischer Berater in Kinshasa

Thomas Zahneisen

Der Vorschlag, den Posten des politischen Beraters der EU-Militäroperation EUFOR in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) zu übernehmen, kam überraschend, dennoch habe ich sofort angenommen.

Ich habe mich mit der Krise in der Region der Großen Seen schon an verschiedenen Orten beschäftigt: 1998 in der Botschaft Kigali (Ruanda), später bei den Vereinten Nationen (UN) in New York, in Berlin und zuletzt als Austauschbeamter im französischen Außenministerium.

Ende 2005 baten die Vereinten Nationen die EU um einen militärischen Beitrag zur Absicherung der ersten freien Parlaments- und Prä-

sidentenwahlen in der DR Kongo. Angesichts der Bedeutung der Wahlen für die Beendigung eines der blutigsten Regionalkonflikte der Nachkriegszeit, dem nach Schätzungen der UN bis zu drei Millionen Kongolesen zum Opfer gefallen waren, erklärte sich die EU bereit, hier militärische Verantwortung zu übernehmen. Der UN-Sicherheitsrat autorisierte mit der Resolution 1671 die Operation „EUFOR RD Congo“ und übertrug ihr die Aufgabe, die bereits im Kongo stationierten Blauhelmsoldaten der MONUC zu unterstützen, Zivilisten in unmittelbarer körperlicher Gefahr zu schützen und im Falle von Unruhen eigenständig Evakuierungseinsätze durchzuführen. Das UN-Mandat begrenzte den Zeitraum der Operation auf vier Monate, beginnend mit den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 30. Juli 2006.

Da das Gros der knapp 17.600 MONUC-Soldaten im Osten des Landes stationiert war, konzentrierte sich der EUFOR-Einsatz auf die Hauptstadt Kinshasa, dem für die bevorstehenden Wahlen politisch sensibelsten Teil des Landes.

Erste Bewährungsprobe

Der Aufbau der Mission, an der Soldaten aus 21 EU-Mitgliedstaaten, der Türkei und der Schweiz teilnahmen, begann Anfang Juni 2006. Die erste große Bewährungsprobe für EUFOR kam Mitte August. Während der erste Wahlgang am 30. Juli völlig friedlich verlief, kam es am 20. August, dem Tag der Verkündung der Ergebnisse, in der Innenstadt von Kinshasa zu Schießereien zwischen Milizen des Vizepräsidenten Bemba und Einheiten von Präsident Joseph Kabila. Am folgenden Tag beschossen Regierungstruppen die Residenz des Vizepräsidenten, in der er Gespräche mit EU-Botschaftern führte. Auf Bitte der Vereinten Nationen griff EUFOR ein und evakuierte gemeinsam mit MONUC die Botschafter.

In den darauffolgenden kritischen Wochen gelang es MONUC und EUFOR in zahllosen, häufig schwierigen Gesprächen, das Misstrauen zwischen den Parteien schrittweise zu verringern und damit den Grundstein für die friedliche Fortsetzung des Wahlprozesses zu legen. Dabei war der EUFOR-Kommandeur, der französische General Christian Damay, meist sehr viel mehr als Diplomat denn als Militär gefordert. Die Stichwahl am 29. Oktober verlief wie die erste Runde friedlich. Vizepräsident Bemba akzeptierte den Wahlsieg seines Kontrahenten Kabila und die eigene Rolle als zukünftiger Oppositionsführer.

Stimmungsumschwung

War der EU-Einsatz also wirklich notwendig? Ich war anfänglich skeptisch, aber rückblickend denke ich – ja. Die Präsenz von EUFOR in Kinshasa war ein wichtiger, sogar ein entscheidender Faktor für den friedlichen Verlauf der Wahlen. EUFOR entwickelte die erhoffte abschreckende Wirkung auf die Parteien. Noch wichtiger: EUFOR, und damit die EU, haben den Vereinten Nationen in den schwierigen Gesprächen mit Kabila und Bemba nach den

Ereignissen vom 21. August das notwendige politische Gewicht verliehen, um von beiden Seiten die notwendige Kompromissbereitschaft einzufordern. Diese Einschätzung teilt übrigens auch die große Mehrheit der Bevölkerung Kinshasas. Wurde EUFOR anfangs von vielen noch bezichtigt, Teil einer internationalen Verschwörung zu sein, um die Wahlen „für Präsident Kabila zu stehlen“, führte der Einsatz am 21. August zu einem Stimmungsumschwung. Als EUFOR Anfang Dezember mit dem Abzug begann, erzählten mir in meinen Gesprächen die Menschen auf den Straßen Kinshasas von ihrer Dankbarkeit, die „Wahlen gerettet zu haben“. Einige wünschten sogar, die Europäer sollten doch länger bleiben.

Zuversicht für demokratische Zukunft

Ich verließ Kinshasa am 2. Dezember, unmittelbar nach Ende des Mandates. Die Fahrt zum Internationalen Flughafen führte mich ein letztes Mal durch die riesigen Slums von Massina, Limete und Ndjili, wo die Mehrheit der über acht Millionen Einwohner dieser chaotischen, aber zugleich ungemein vitalen Stadt unter schwierigsten ökonomischen Bedingungen leben. Mich hat stets beeindruckt, wie die Bewohner dieser Armenviertel die täglichen Herausforderungen zu meistern versuchen. Aber noch mehr hat mich der Wille der Kongolesen – gerade der Ärmsten – berührt, ihre demokratischen Rechte friedlich zu nutzen, wie auch ihre Zuversicht, durch den Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens ihre schier unüberwindlich erscheinenden Probleme bewältigen zu können.

In diesen Armenvierteln hatten auch die Soldaten der EUFOR über Monate täglich Präsenz gezeigt. Der Einsatz und die Professionalität der Soldaten, gerade auch der knapp 700 Soldaten der Bundeswehr, in einer für sie zu Beginn sehr fremden Welt haben mich ebenfalls sehr beeindruckt. Ich glaube, wir sind fast alle mit dem Gefühl nach Hause zurückgekehrt, dass Europa hier Wichtiges geleistet hat – aber auch, dass Europa nach Ende des Einsatzes dieses schwer geprüfte Land weiter unterstützen muss.



Thomas Zahneisen in Kinshasa

WIE WIRD EUROPA VERMITTELT?

Vom Froschkönig und anderen Herausforderungen

Detlev Groß

Die Europäische Union den Bürgern näherbringen – das hat sich die deutsche Ratspräsidentschaft vorgenommen. Kein leichtes Geschäft. Die Bilder aus Brüssel zeigen die immer gleichen Tagungen, Gremiensitzungen, Sitzungssäle, Bürogebäude oder die „Familienfotos“ der Regierungen bei Gipfeltreffen. Die Themen sind kompliziert, die Auswirkungen auf den Einzelnen nicht sogleich erkennbar.



Europastand am Tag der offenen Tür im Auswärtigen Amt

Warum also – so denken viele – soll ich mich für Europa interessieren, was soll das ganze Gerede über die EU überhaupt: Frieden? Wir haben doch seit Jahrzehnten keine militärische Auseinandersetzung mehr gehabt! Wirtschaft? Wir exportieren doch sowieso erfolgreich in die Nachbarstaaten! Zukunft? Geht schon irgendwie weiter!

In der Werbebranche ist es selbstverständlich, Inhalte auf bestimmte Zielgruppen und auf einzelne Themen hin spezifisch aufzubereiten. Die europapolitische Öffentlichkeitsarbeit hat diesen Stand leider noch nicht erreicht. Und es

wirft ein bezeichnendes Licht auf die Öffentlichkeitsarbeit der Mitgliedstaaten, dass gerade ihre Sprachlosigkeit nach dem Schock über die gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden zum EU-Verfassungsvertrag die Diskussion wieder belebt hat, wie die Europäische Union den Bürgern nähergebracht werden kann. Viele EU-Bürger beurteilen die Europäische Union eher skeptisch, obwohl sie nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ zum Stabilitätsanker schlechthin geworden ist. Allerdings scheinen Menschen aus Nicht-Mitgliedstaaten das besser nachempfinden zu können als die EU-Bürger selbst. Geringe Beteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament und weit verbreitete Vorurteile zeigen, dass die Politik die eigenen Bürgerinnen und Bürger nicht ausreichend „mitgenommen“ hat.

Die Europäische Union: Ausstrahlung ohne innere Strahlkraft?

Der Kontakt mit den Bürgern muss enger und der Dialog mit den Menschen in den Vordergrund gestellt werden. Die Hochglanzbroschüre kann das direkte Gespräch nicht ersetzen, und so manche „Europhoriker“ haben mit Sonntagsreden der europäischen Integration einen Bärendienst erwiesen – vordergründige Begeisterung statt kritische Begleitung ist ein schlechter Ansatz von EU-Politik. Es gibt auch hier kein Patentrezept, aber gute Ansätze, es zukünftig besser zu machen und aus Fehlern zu lernen.

Seit Ende 2005 bemühen sich alle Beteiligten in Deutschland um einen neuen Ansatz in der Öffentlichkeitsarbeit. „Aktion Europa“ nennt sich die Initiative, die Vertreter europapolitisch engagierter Vereine, von Verbänden, Bund, Ländern und Gemeinden um einen regelmäßig tagenden „Runden Tisch“ versammelt. Da wird kein Blatt vor den Mund genommen und offen über die besten Wege gestritten. Es stehen keine Reklame-



Weitere Informationen zu „Aktion Europa“ erhalten Sie unter www.aktion-europa.de

Die Projekte der Aktion Europa

- > Deutschlandweite Informationstour „Europa ist 50“ im Jahr 2007
- > 60 Europa-Workshops für Schülerzeitungsredakteure
- > Zuschussprogramm an Organisationen der Zivilgesellschaft
- > Informationstour durch 12 Städte in den neuen Bundesländern zur Zukunft Europas
- > Projekt zur europolitischen Jugendarbeit „Jugend schult Jugend“ mit 80 Informationsveranstaltungen für Jugendliche
- > Europäischer Jugendkongress in Berlin mit vorgeschaltetem Ideenwettbewerb

mestategien zur Debatte, sondern Glaubwürdigkeit und Ausdauer, bezogen auf die jeweilige Personengruppe. Und es geht auch nicht um große Reden für das Publikum, sondern um den richtigen Dialog, der alle Seiten zu Kritik und Vorschlägen ermuntert. Diese Gespräche führten auch schon zu sichtbaren Ergebnissen: Mit *Jugend schult Jugend* wurde ein Programm entwickelt, das Jugendliche in die Vorbereitung und Umsetzung von *Europa-Schulstunden* einbezieht. Nicht der „alte“ Lehrer vermittelt den Stoff, sondern junge Menschen vergleichbaren Alters.

Weiter wurde auf die Wünsche kleinerer, vor allem ehrenamtlicher Projektträger reagiert, die zwar einzigartiges regionales Wissen besitzen, aber bisher nur schwer an den großen EU-Förderprogrammen teilnehmen konnten, da zu große bürokratische Hürden sie abschreckten.

Wohin mit den Ergebnissen der Debatten am „Runden Tisch“ und wie erreichen wir einen noch größeren Kreis? Mit der Internetseite aktion-europa.de kann inzwischen eigentlich jeder in Austausch mit „Gleichgesinnten“ treten und die eigenen Erfahrungen mit anderen vergleichen.

Die regionalen Wurzeln der Europäischen Union sollen gestärkt werden. Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wird dies in über 1000 Veranstaltungen in Deutschland umgesetzt. Das darf aber keine einmalige Kraftanstrengung bleiben. Der „europäische Acker“ muss beständig „bearbeitet“ werden. Er wird Früchte tragen,

wenn die Kernfragen der europapolitischen Kommunikation berücksichtigt werden.

Was bewegt die Menschen? Wie bewegen wir mit ihnen Europa?

Der Staat hat in der Öffentlichkeitsarbeit aber nicht nur eine Bringschuld. Die Bürger sollten sich aus Eigeninteresse mit EU-Politik auseinandersetzen. Das ist nicht immer angenehm, manchmal unübersichtlich und kompliziert. Viele Themen sind nicht wirklich spannend, aber im Ergebnis insbesondere für die Kommunalpolitik wichtig. Regionale Wirtschafts-, Bau- oder Umweltpolitik, die Fragen der Daseinsvorsorge, Verbraucherschutz oder öffentliche Ausschreibungen sind von EU-Politik direkt oder indirekt betroffen. Über 70 Prozent des deutschen Rechts gründet inzwischen auf EU-Recht. Alle (auch privaten) Lebensbereiche sind betroffen.

Die Partner von *Aktion Europa* wollen den Rahmen für mehr Mitgestaltung schaffen. Viele EU-Bürgerinnen und EU-Bürger müssen aber auch lernen, ihre eigenen Vorurteile noch einmal zu überdenken. Niemand soll Kröten schlucken müssen. Aber den EU-Frosch darf man ruhig küssen, denn er ist ein König!





Schwerpunkte 2007

EU-Ratspräsidentschaft

G8-Agenda

Innenansichten

Was wollen die G8-Staaten?

Nicht nur im Winter ist es für das Industrieland Deutschland entscheidend, zuverlässig mit Öl und Gas versorgt zu werden. Doch das internationale Energieumfeld ist komplizierter geworden: Neue Nachfrager drängen auf den Weltmarkt, die politische Situation in vielen erdölfördernden Staaten ist alles andere als stabil. Enno Harks, Öl- und Gasmarkt-Experte der Stiftung Wissenschaft und Politik, erläutert den Zusammenhang zwischen Energieversorgung und Außenpolitik. Das Thema Energie wird auch die G8-Außenminister beschäftigen, die sich auf Einladung von Bundesminister Steinmeier in Deutschland treffen. Worum geht es sonst noch beim „Außenministerprozess“? Welche Themen will der deutsche Vorsitz beim großen Gipfel in Heiligendamm voranbringen? Mehr darüber lesen Sie in diesem Kapitel.

Drehen an großen Rädern.
Energie ist eines der aktuellen
Schwerpunktthemen in der G8

Im Fokus: Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft und Engagement für Afrika

Mathias Kruse

Die Gruppe der acht führenden Industrienationen (G8) ist zu einem bestimmenden Faktor für die Steuerung der Weltwirtschaft geworden.

Zwar handelt es sich um ein informelles Abstimmungsforum, dessen Erklärungen rechtlich nicht bindend sind. Dennoch gehen von der Gruppe maßgebliche politische Impulse aus, die häufig erst in anderen multinationalen Foren umgesetzt werden. In diesem Sinne sind die G8 ein zentrales Instrument zur Steuerung der Globalisierung und der globalisierten Wirtschaft.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat deshalb entschieden, dass sich die G8 unter deutschem Vorsitz wieder verstärkt mit Fragen der weltwirtschaftlichen Entwicklung befassen. Während der deutschen Präsidentschaft haben wir die Möglichkeit, das Arbeitsprogramm der G8 und die inhaltlichen Schwerpunkte des Gipfels maßgeblich zu gestalten. Wir können damit die für uns bedeutenden Themen auf der internationalen Agenda voranbringen.

Die Gruppe der Acht ist ein Forum auf höchster Ebene: Die Entscheidungen treffen die Staats- und Regierungschefs. Die Außenminister bereiten die außenpolitischen Erklärungen der Chefs beim Gipfeltreffen in Heiligendamm vor. Im Rahmen des „Außenministerprozesses“ (siehe Beitrag Seite 50) hat das Auswärtige Amt die Möglichkeit, Akzente zu setzen.

Das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der G8 findet vom 6. bis 8. Juni 2007 im Ostseebad Heiligendamm in Mecklenburg-Vorpommern statt. Unter dem Motto *Wachstum und Verantwortung* bekennt sich Deutschland zu seiner Verantwortung für die politische,

wirtschaftliche und soziale Gestaltung der Weltwirtschaft, die durch die Globalisierung und das Erstarken einiger großer Schwellenländer vor neuen Herausforderungen steht. Gemeinsam mit unseren Partnern wollen wir die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Weltwirtschaft neu definieren und damit die Voraussetzungen für Investitionen, Innovationen, nachhaltiges Wachstum und mehr Beschäftigung verbessern.

Die Welt besitzt zu Beginn des 21. Jahrhunderts vielfältige Chancen: Die großen Schwellenländer, aber auch viele kleinere Staaten haben den industriellen Durchbruch geschafft und befinden sich auf einem stabilen Wachstumspfad. Die Überwindung von Armut und die Entwicklung von Wohlstand für Millionen von Menschen sind heute in greifbare Nähe gerückt. Für diese Entwicklung ist die Marktwirtschaft ohne Alternative, Grundlage der Globalisierung und ihrer großen Chancen.

Dieser Prozess bringt jedoch auch Risiken für die Stabilität der weiteren weltwirtschaftlichen Entwicklung mit sich: Die Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft und auf den Weltfinanzmärkten werden größer statt kleiner. Die für das Wachstum der Weltwirtschaft benötigten Energierohstoffe haben sich in den vergangenen Jahren erheblich verteuert. Gleichzeitig wird der Klimawandel durch die anhaltend hohen Emissionen in den Industrieländern und das dynamische Wachstum insbesondere der großen Schwellenländer weiter beschleunigt.

Die Chancen der Globalisierung können wir nur dann vollständig nutzen, wenn wir die Rahmenbedingungen für die Globalisierung politisch gestalten. Die deutsche G8-Präsidentschaft wird deshalb die zentralen Herausforderungen der



Bundeskanzlerin Angela Merkel fokussiert auf dem G8-Gipfel Fragen der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Eines der Themen: Erneuerbare Energien.



Das Ostseebad Heiligendamm, Tagungsort des diesjährigen G8-Gipfels

Weltwirtschaft zum Schwerpunkt des Gipfels machen. Es gilt, die „zweite Welle“ der Globalisierung, die nach der Ausweitung des weltweiten Handels jetzt zunehmend von grenzüberschreitenden Investitionen geprägt ist, aktiv zu gestalten. Wir brauchen ein Bekenntnis der G8 zur weltweiten Investitionsfreiheit, und wir wollen uns für gleiche Wettbewerbsbedingungen aller Investoren, ob aus Industrie- oder Schwellenländern, einsetzen.

Dabei ist neben der wirtschaftlichen auch die soziale Dimension der Globalisierung ein wichtiges Thema. Die G8 müssen hier als führende Wirtschaftsnationen international eine Vorreiterrolle übernehmen. Die soziale Flankierung des Globalisierungsprozesses auf der Grundlage gemeinsamer universeller Werte ist aus Sicht der Bundesregierung unverzichtbar. Für unsere wissensbasierten Gesellschaften ist auch der Schutz geistigen Eigentums von zentraler Bedeutung. Die G8 werden sich für den weltweiten Schutz von Innovationen gegen Produkt- und Markenpiraterie einsetzen.

Im Bereich der Energie- und Klimaschutzpolitik werden wir die Herausforderungen des nachhaltigen Umgangs mit Ressourcen annehmen. Eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz besonders in den Bereichen mit großem Ein-

sparpotenzial ist auch Dreh- und Angelpunkt einer Erfolg versprechenden Klimaschutzstrategie. Der weltweite Klimaschutz wird auch im Hinblick auf den Post-Kyoto-Prozess eine wichtige Rolle spielen. Dazu müssen wir unsere eigenen Treibhausgas-Emissionen deutlich senken, unter anderem durch einen gezielten Ausbau der erneuerbaren Energien.

Ferner werden die G8 Impulse für den Abbau des globalen Ungleichgewichtes geben, das sich aus dem Leistungsbilanzdefizit in den USA, unzureichender Binnendynamik in Europa und Japan und dem Anwachsen der Währungsreserven in Asien entwickelt hat. Schließlich wollen wir auch die Stabilität und Transparenz der Finanz- und Kapitalmärkte verbessern.

In diesem Zusammenhang ist für die Bundesregierung die Einbeziehung großer Schwellenländer wie China oder Indien sehr wichtig. Ohne sie sind Antworten auf die globalen Herausforderungen nicht möglich. Unser Ziel ist es daher, die Schwellenländer als verantwortungsvolle Akteure anzusprechen und bei einzelnen Fragestellungen besser in die wirtschaftliche und politische Verantwortung für die Welt, die *global governance*, einzubinden. Auf dem Gipfel in Heiligendamm soll ein Dialog mit diesen Ländern initiiert werden, dessen Ziel es ist, >



Äthiopischer Bauer prüft die Qualität seines Getreides

sich über die Herausforderungen der Gegenwart zu verständigen und gemeinsame Lösungsansätze zu erarbeiten.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Präsidentschaft wird Afrika sein. Wir wollen auf der Grundlage des Afrika-Aktionsplans der G8 die bestehende Partnerschaft mit unserem Nachbarkontinent substanziell voranbringen, dabei allerdings die Eigenverantwortung der Afrikaner in den Vordergrund rücken. Nachdem die G8 in den zurückliegenden Jahren die Entschuldung der ärmsten Länder auf den Weg gebracht und in erheblichem Umfang zusätzliche Mittel für die Entwicklung des afrikanischen Kontinents zugesagt haben, setzt die Bundesregierung nun einen neuen Akzent. Denn öffentliche Mittel allein werden nicht zu nachhaltigem Wachstum in Afrika führen, entscheidend für mehr Wachstum ist der kontinuierliche Ausbau des Privatsektors. Deshalb müssen sich die Rahmenbedingungen für Investoren in Afrika verbessern.

Wir setzen uns dafür ein, dass demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien in afrikanischen Gesellschaften fest verankert werden. Gute Regierungsführung ist Voraussetzung für den Aufbau einer leistungsfähigen staatlichen Verwaltung, einer ausreichenden materiellen Infrastruktur sowie flächendeckender Bildungs-, Gesundheits-, Steuer- und Sozialsysteme. Wir wollen dazu die Reformen der afrikanischen Partner weiter unterstützen. Wir wollen, dass der afrikanische Ressourcenreichtum nachhaltig und verantwortungsvoll genutzt wird und dass Rohstoffmärkte effizient und transparent funktionieren, um so zur Überwindung der Armut und zur Entwicklung des Kontinents

beizutragen. Die G8 werden ihre Bemühungen zur HIV/AIDS-Bekämpfung in den betroffenen Ländern fortsetzen und eine angemessene Ausstattung der Gesundheitsbudgets sowie die Stärkung der nationalen Gesundheitssysteme fördern. Die G8 werden außerdem den Aufbau einer afrikanischen Eingreiftruppe weiter unterstützen. Spätestens 2010 sollte diese einsatzbereit sein. Die Eingreiftruppe sollte neben militärischen auch zivile Aufgaben übernehmen, was für die Sicherung des Friedens nach bewaffneten Konflikten entscheidend ist.

Der Gipfel in Heiligendamm wird sich darüber hinaus mit aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Fragen befassen. Die Agenda der deutschen Präsidentschaft wird der besonderen Verantwortung der G8 für verlässliche und tragfähige Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft gerecht. Die G8 verstärkt ihr Engagement für die von Armut betroffenen Schichten der Weltbevölkerung. Die Bundesregierung lässt sich dabei von der Überzeugung leiten, dass eine effektive und soziale Gestaltung der Globalisierung nur im Dialog mit den großen Schwellenländern möglich ist.

Das Auswärtige Amt bereitet die Themen und Schwerpunkte unserer G8-Präsidentschaft in allen Bereichen mit vor. Es engagiert sich bei der Vorbereitung des Gipfels und der Verhandlung der Gipfeldokumente. Für das Thema „Frieden und Sicherheit in Afrika“ ist das Auswärtige Amt innerhalb der Bundesregierung federführend verantwortlich.

Weitere Informationen zur G8-Präsidentschaft finden Sie auf der Website www.g-8.de



Wertvolle Ressource Gas: Arbeiter bei der Überprüfung einer oberirdischen Gas-Pipeline

SCHWERPUNKTTHEMA ENERGIE

Versorgungssicherheit durch Energie(außen)politik

Enno Harks

Energie ist in den vergangenen Jahren wieder deutlich in das Zentrum des Interesses deutscher und internationaler Politik gerückt.

Hierfür sind auf der einen Seite die hohen Ausschläge des Ölpreises verantwortlich, der 2006 einen historischen Höchststand von knapp unter 80 Dollar pro Fass erreichte. Auf der anderen Seite stehen geopolitische Entwicklungen, die die Sicherheit der Energieversorgung in Frage stellen können. Einflussreichster Faktor war der unerwartet starke Verbrauch Chinas (dessen Ölimporte zwischen 2000 und 2006 um 250 Prozent gestiegen sind) und Indiens, der

die Gewichte auf den Weltrohstoffmärkten verschoben hat. Zusätzlich hat sich seit der Besetzung des Iraks der Ölmarkt nicht beruhigt, im Gegenteil: Die Entwicklung im ölreichen Mittleren Osten ist sehr viel unklarer geworden. Hinzu kommt, dass die angespannte Lage auch den ressourcenreichen Staaten nicht verborgen geblieben ist, die nun versuchen, ihre neue Macht für ihre Zwecke zu nutzen. Zu nennen wären Venezuelas Drohungen eines Öl-Lieferstopps an die USA, der schwierige Umgang mit dem durch Öl gestärkten Iran und die russischen Drohgebärden im Gasstreit mit der Ukraine und Weißrussland. Das letztgenannte Beispiel zeigt, dass auch ressourcenarme Staaten ihre Position als Transitland politisch zu >



Enno Harks, Öl- und Gasmarkt-Experte der Stiftung Wissenschaft und Politik

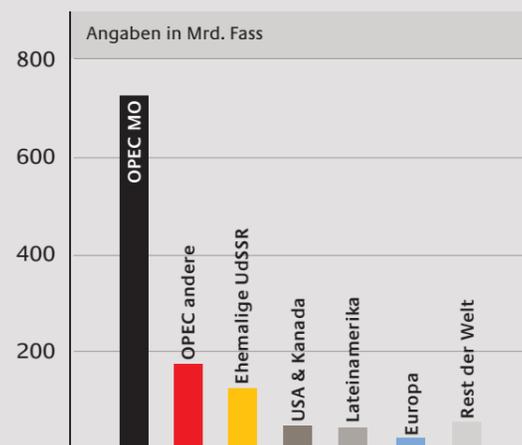
nutzen suchen. Für die Sicherheit der europäischen Versorgung heißt das: Wir brauchen eine vorausschauende Energie(außen)politik.

Öl und Gas als Politikum

Die geschilderten Entwicklungen betreffen in besonderem Maße die Energieträger Öl und Gas, denn sie sind für Industrieländer von strategischer Bedeutung: Öl ist als nahezu ausschließlicher Energieträger des weltweiten Verkehrs-/Transportsektors unabdingbar für das Funktionieren unserer Volkswirtschaften; ein tatsächlicher Versorgungsausfall würde den Zusammenbruch nahezu der gesamten industrialisierten Infrastruktur zur Folge haben. Gas hingegen ist überwiegend leitungsgebunden, was den Verbraucher kurzfristig abhängig macht von dem jeweiligen Produzenten und seiner Infrastruktur. Öl und Gas sind also ein Politikum, das die außenpolitischen Beziehungen zwischen Staaten direkt betrifft.

Das größte Problem ist die Konzentration der noch verbleibenden Reserven in einer Handvoll Ländern, die nicht zu den stabilen oder demokratischen Staaten zu rechnen sind. So befinden sich ca. zwei Drittel aller nachgewiesenen Ölreserven im Mittleren Osten, und nur drei Länder dieser Welt besitzen gut 60 Prozent aller nachgewiesenen Welt-Gasreserven: Russland, Iran, Katar. Diese Situation verleiht den betreffenden

Weltölreserven



Quelle: BP Statistical Review of World Energy, Juni 2006

Staaten nicht nur eine starke politische und sicherheitspolitische Verhandlungsposition, sie setzt auch die Abnehmerländer, die große Furcht vor Lieferunterbrechungen haben, unter Druck: Der Ausgang des Persischen Golfes, die Straße von Hormuz, ist zum weltpolitisch hoch kritischen Nadelöhr geworden.

Des Weiteren haben wenig beachtete Entwicklungen auf dem Ölmarkt dazu geführt, dass heute nicht mehr die großen multinationalen privaten westlichen Ölgesellschaften, sondern Staatsunternehmen die Regeln des Marktes bestimmen. Staatliche Ölkonzerne besitzen heute einen Anteil von gut 85 Prozent an der weltweiten Produktion. Hieraus folgt zum einen, dass der Einfluss, den westliche, demokratische Regierungen und Öffentlichkeiten auf das Agieren der Unternehmen in den ressourcenreichen Staaten haben, deutlich gesunken ist. Zum anderen werden Produktions- und Investitionsentscheidungen von staatlichen Unternehmen zunehmend an politische oder geopolitische Überlegungen geknüpft – wodurch die Kräfte des Marktes ausgesetzt sind und sein Funktionieren langfristig unterminiert wird.

Kooperation statt Konfrontation

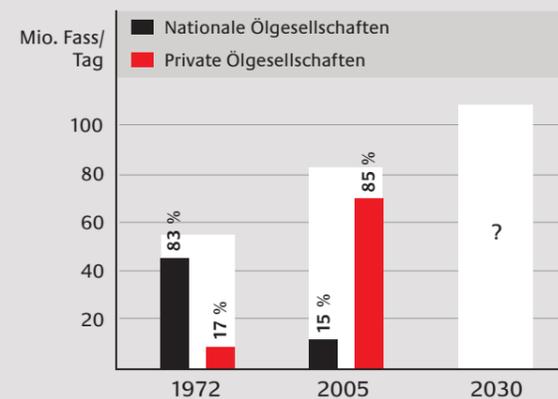
Energieversorgungssicherheit ist also eine hoch politische Angelegenheit und bedarf daher einer vorausschauenden Energiepolitik. Zudem fordern die sehr langfristigen Investitionszyklen eine Energie- und auch Außenpolitik, die das Verhältnis zu den Produzenten- und Transitstaaten langfristig und nachhaltig definiert. Unter dem Motto *Kooperation statt Konfrontation* müssen Modelle gefunden werden, die die gegenseitige Abhängigkeit von Produzenten und Verbraucherländern akzeptieren und gemeinsame Regeln und Normen aufzustellen versuchen.

Außenpolitik spielt hier eine zentrale Rolle. Sie kann den globalen Energieproduzenten und -verbrauchern ein Forum bieten, auf dem man sich über energiepolitische Standpunkte und Meinungsverschiedenheiten austauscht. Sie muss der konfrontativen Politisierung der

Ressourcen Öl und Gas mit Vertrauensbildung begegnen. Ziel eines solchen offiziellen oder inoffiziellen Diskussionsprozesses sollte es sein, mögliche Konflikte zu vermeiden oder zu beheben. Denn Divergenzen, wie sie regelmäßig unter Handelspartnern auftreten, sollten in einem zivilisierten und verrechtlichten Rahmen geschlichtet werden können. Sich auf einen Weg der Streitschlichtung zu verständigen, ist daher auch eine zentrale Herausforderung der internationalen Energiepolitik.

Die Treffen der Außenminister der G8 zum Thema Energie könnten hierfür einen ersten Impuls geben, indem sie die außenpolitische Dimension der Energiepolitik betonen und andere wichtige Akteure miteinbeziehen. Ein Prozess, in dem in regelmäßigen Abständen energiepolitische und außenpolitische Vertrauensbildung stattfindet, stärkt den Gedanken der Kooperation und könnte so einen Teil des geopolitischen Drucks aus den Rohstoffmärkten dieser Welt nehmen.

Weltölproduktion



Quelle: Petroleum Intelligence Weekly 15.12.2003, Petroleum Economist 4/2005, eigene Berechnungen



Langfristig und verantwortungsvoll zu handeln bedeutet,...

...wenn wir die Erderwärmung langfristig begrenzen wollen, dann müssen wir Strategien finden zur Steigerung der Energieeffizienz, für die Minderung der Emissionen und für die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien. Nur so gewinnen wir international Glaubwürdigkeit und unterstützen zugleich unsere eigene europäische Technologie und die Innovationskraft unserer europäischen Industrie. [...] Unsere beiden Präsidentschaften eröffnen uns gerade die Chance, energie- und klimapolitische Weichen für die Zukunft zu stellen. In der EU arbeiten wir auf der Basis der Vorschläge der EU-Kommission an einer neuen „Energiestrategie für Europa“. Die Grundlagen dafür sind das von der Kommission vor einem Monat vorgelegte Energiepaket und der Strategische Energiebericht. Beim Europäischen Rat im März wollen wir diese Konzepte weiterentwickeln.

Frank-Walter Steinmeier

Quelle: Auszug aus der Rede des Bundesaußenministers anlässlich der Eröffnung der Reihe „Energiesicherheit und internationale Beziehungen“ des Auswärtigen Amtes und des Veranstaltungsforums der Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck

Weitere Informationen zu den Vorstellungen der EU-Kommission finden Sie auch auf der Website <http://ec.europa.eu/>

Treffen jenseits diplomatischer Routine

Christian Hellbach und Daniel Kriener



Frank-Walter Steinmeier mit der amerikanischen Außenministerin Condoleezza Rice

G8-Außenministerprozess – das ist auf den ersten Blick grauer Diplomatenalltag: Minister und ihre hohen Beamten treffen sich in irgendwelchen Konferenzsälen und reden; viele Herren in dunklen Anzügen – kein Spektakel, kaum öffentliche Aufmerksamkeit, ganz anders also als die viel beachteten – und beworbenen – Treffen der Staats- und Regierungschefs der G8.

In der Tat, die Treffen der Außenminister der G8 (unter deutschem Vorsitz kommt man am 30. Mai in Potsdam zusammen) und die Meetings der Politischen Direktoren, die die Treffen ihrer Minister vorbereiten, haben auf den ersten Blick viel von diplomatischer Routine: Anreise morgens, Sitzung bis mittags, dann ein kurzes Arbeitsessen, Abreise am frühen Nachmittag. Platz für Auflockerungen des Programms, kulturelle Einsprengsel oder Geselliges etwa gibt es nicht. Die nächsten Termine warten schon. Im Übrigen kennt man sich, aus der EU, von der UNO, aus zahlreichen bilateralen Begegnungen.

Routinierter und souveräner Umgang mit anstehenden dringenden außen- und sicherheitspolitischen Fragen, insbesondere Krisen und Konflikten im Nahen Osten, in Afrika, Afghanistan, auf dem Balkan und anderswo, das ist es, was die Staats- und Regierungschefs der G8 von ihren Außenministern und ihren Beamten erwarten. Ursprünglich befassten sich die G8 beziehungsweise die G7 vor allem mit globalen Wirtschaftsproblemen. Bald aber drängten außen- und sicherheitspolitische Fragen auf die Tagesordnung.

In einer von zahlreichen regionalen Krisen und Konflikten geprägten Zeit leiten die G8 einen guten Teil ihrer Legitimität aus ihrer außenpolitischen Kompetenz ab. Die Welt erwartet, dass die größten und reichsten Demokratien sich engagieren und Lösungen liefern. Das Krisenmanagement entscheidet immer häufiger über Erfolg oder Misserfolg eines G8-Gipfels. Im Juli 2006 in St. Petersburg dominierte der Krieg im Libanon zwischen Israel und der Hisbollah. Ob sie wollten oder nicht, die G8-Chefs mussten sich ihrer außenpolitischen Verantwortung stellen. Mit der Erklärung von St. Petersburg gelang es ihnen, für den Nahen Osten einen neuen Lösungsansatz aufzuzeigen, den dann auch die Vereinten Nationen aufgriffen: Die Sicherung des Waffenstillstandes und des Wiederaufbaus durch eine neutrale internationale Sicherheitspräsenz, eine Lösung, an deren Umsetzung sich vor allem die Europäer beteiligen.

Mit zunehmender Bedeutung der Außen- und Sicherheitspolitik für die G8 wuchs auch die Rolle der Außenminister. Sie sind es, die die außen- und sicherheitspolitische Agenda für den Gipfel vorbereiten. Anfangs tagten sie noch gemeinsam mit den Staats- und Regierungschefs. Seit fast zehn Jahren treffen sie sich unabhängig von den „Chefs“ und auch häufiger als diese. Und weil Krisen und Konflikte sich nicht

an den Tagungskalender der Minister halten, spielen ihre Treffen und die Zusammenkünfte ihrer Politischen Direktoren längst eine über die Vorbereitung der Gipfel hinausgehende, selbstständige Rolle. Man nutzt diese Treffen, um sich bei Bedarf – und das kann bedeuten: regelmäßig – abzustimmen. Aus vereinzelt Treffen ist ein regelrechter Prozess entstanden, der Außenministerprozess.

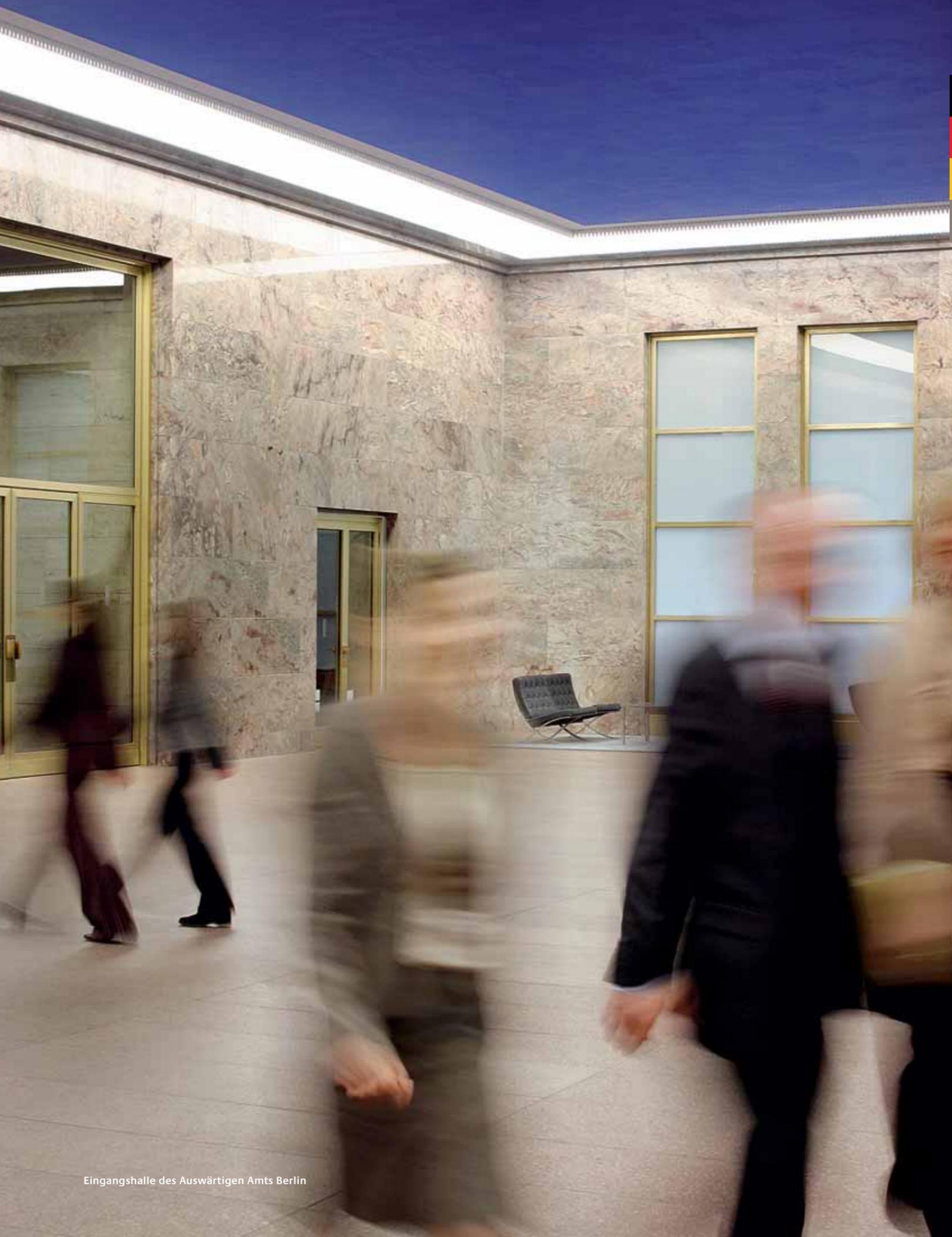
Der äußere Schein diplomatischer Routine täuscht darüber hinweg, dass hinter verschlossenen Türen knallhart und manchmal auch lautstark verhandelt wird. Die G8 verstehen sich zwar als Wertegemeinschaft; es gibt trotzdem Differenzen, manchmal grundsätzliche. So war es auch 1999, unter der vorherigen deutschen G8-Präsidentschaft, als der Kosovo-Konflikt auf die Tagesordnung rückte. Das brutale Vorgehen der Regierung Milošević gegen die albanische Bevölkerung des Kosovo hatte die NATO gezwungen einzugreifen, um eine humanitäre Katastrophe abzuwenden. Die diplomatischen Bemühungen, die Vereinten Nationen mit der Verwaltung des Kosovo zu beauftragen, gestalteten sich schwierig. Der Sicherheitsrat war blockiert; Russland drohte, von seinem Vetorecht Gebrauch zu machen.

An dieser Stelle kamen die G8-Außenminister ins Spiel. Unter deutschem Vorsitz gelang es, Russland mit Hilfe der anderen G8-Partner in zahlreichen, schwierigen Gesprächen ins Boot zu holen. Warum gelang den G8-Außenministern, was im Sicherheitsrat unmöglich schien? Weil durch die Befassung der G8 eine neue Gesprächssituation entstand. „Kontextualisieren“ nennen das manche; festgefahrenen Verhandlungen durch Wechsel der Gesprächsteilnehmer und des Gesprächs- und Interessenkontextes neuen Schwung geben.

Auch 2007 werden sich die G8-Außenminister vor allem mit den aktuellen regionalen Krisen und Konflikten in Nahost, Afghanistan, Kosovo und Afrika befassen. Ziel der deutschen Präsidentschaft ist es, den G8-Rahmen flexibel zu nutzen, um konkrete Lösungsbeiträge zu formulieren und Bemühungen der Vereinten Nationen, der regionalen Organisationen und nicht zuletzt der EU, der Deutschland in der ersten Jahreshälfte ebenfalls vorsitzt, zu flankieren.



UN-Blauhelme nahe Roub Thalathine, Libanon



Schwerpunkte 2007

EU-Ratspräsidentschaft

G8-Agenda

Innenansichten

Innenansichten

Wissenswertes rund ums Auswärtige Amt

In diesem Kapitel finden Sie Daten, Fakten und Hintergründe zum Auswärtigen Amt: die Standorte der Auslandsvertretungen, Daten zum Haushalt und zur Mitarbeiterzahl und natürlich auch Informationen zur Ausbildung und Bewerbung. Dass das Ministerium in seiner Akademie künftige Diplomatinen und Diplomaten ausbildet, ist bekannt. Weniger bekannt ist das weltweit einzigartige Fortbildungsprogramm für ausländische Diplomaten, das wir Ihnen vorstellen. Diplomatie hat weniger mit Essen zu tun als viele denken. Wenn aber ein Dinner für Staatschefs zu organisieren ist, bedeutet das harte Arbeit. Ein Mitarbeiter des Protokolls berichtet. In unserem Jahresbericht erläutern wir viele Aspekte der Arbeit im Auswärtigen Amt. Sind noch Fragen offen geblieben? Wir beantworten sie gerne. Eine Postkarte sowie einen Hinweis auf unseren Internet-service finden Sie im hinteren Teil dieses Kapitels.



In der Deutschen Botschaft in Tokyo



Deutsche Botschaft in Luxemburg



Deutsche Botschaft in Helsinki



Der Botschaftswegweiser im Auswärtigen Amt

● Botschaft	Ständige Vertretungen weltweit:
○ Außenstelle einer Botschaft	Brüssel a) bei der EU
■ Generalkonsulat, Konsulat, Vizekonsulat	b) bei der NATO
□ Außenstelle eines Generalkonsulats	c) bei der WEU
◆ Multilaterale Vertretung	Genf a) beim Büro der UNO und anderen int. Org.
▲ Vertretungsbüro	b) bei der Abrüstungskonferenz
▼ Verbindungsbüro	New York bei der UNO
▶ Vertretung, die nur eingeschränkt tätig ist	Paris a) bei der OECD
▶ Inoffizielle Vertretung	b) bei der UNESCO
	Straßburg beim Europarat
	Wien a) beim Büro der UNO und anderen int. Org.
	b) bei der OSZE

Mit den verwendeten Bezeichnungen und kartografischen Darstellungen wird nicht zum Rechtsstatus von Hoheitsgebieten oder Grenzen Stellung genommen.

UNSERE AUSLANDSVERTRETUNGEN

Globale Präsenz

Das Auswärtige Amt mit seiner Zentrale in Berlin und seinem Netz von 228 Auslandsvertretungen repräsentiert Deutschland in der Welt. Derzeit unterhält Deutschland diplomatische Beziehungen zu mehr als 190 Staaten. Die Deutschen Botschaften befinden sich in den jeweiligen Hauptstädten bzw. Regierungssitzen, daneben gibt es in weiteren wichtigen Städten größerer Länder Generalkonsulate und Konsulate. Hinzu kommen zwölf Vertretungen bei zwischen- und überstaatlichen Organisationen wie den Vereinten Nationen in New York, Genf und Wien oder der Europäischen Union in Brüssel.



Ein aktuelles Adressverzeichnis aller deutschen Auslandsvertretungen finden Sie unter:
www.auswaertiges-amt.de

Stand: März 2007

„Diplomacy by Networking“ – Kooperative Außenpolitik lernen und Netze für die Zukunft knüpfen

Frank Rückert



Kursteilnehmer in Berlin
während des Einstein-Jahres

„Neue Kontakte sind nötig“, sagt Barton. „Doch wo beginnen, wenn die Zeit fehlt und ich nicht weiß, an welcher Tür ich klopfen soll?“

Seit Oktober hilft ihm als „Türöffner“ das Diplomatenkolleg, die jüngste Initiative der Internationalen Diplomatenausbildung, ein Gemeinschaftsprojekt von Auswärtigem Amt, Robert Bosch Stiftung und Deutscher Gesellschaft für Auswärtige Politik. Zusammen mit zwölf anderen Kolleginnen und Kollegen aus Mittel- und Osteuropa nutzt Barton die Chance, ein Jahr lang Deutschland aus vielfältigen Perspektiven zu erleben. Ein weltweit einzigartiges Angebot. Einmal im Monat stehen Fachgespräche und Informationsbesuche auf dem Programm, Treffen in Staatskanzleien sowie mit der Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen. „Über den Tellerrand schauen“, nennt Barton seine *Tour d'horizon* mit dem Kolleg: „Ich kann mich auch jenseits meines Fachgebiets mit hochkarätigen Gesprächspartnern austauschen.“ Er hält einen Strauß Visitenkarten in die Höhe. Trophäen der Exkursion nach Essen, Kulturhauptstadt 2010. „Die gesamte Botschaft profitiert“, sagt er.

„Wir wollen den Dialog zu Themen, die uns alle angehen“, erklärt Koordinatorin Senta Höfer das Konzept, das auch Grundlage der gesamten Internationalen Diplomatenausbildung ist. Die ursprünglich auf drei Jahre angelegte Weiterbildungsinitiative des Auswärtigen Amtes ist ein Erfolg und feiert bei wachsender Nachfrage im Juni ihr 15-jähriges Bestehen. Mehr als 750 Diplomaten aus über 80 Ländern haben 43 Lehrgänge besucht, diplomatisches Know-how erlernt und Kontakte geknüpft.

Sie kommen aus Afghanistan, Bulgarien oder Chile: Mehr als 750 junge Diplomatinen und Diplomaten aus über 80 Ländern haben in Berlin miteinander moderne Diplomatie erprobt – praktisch und konkret. Jetzt feiert die Internationale Diplomatenausbildung der Akademie Auswärtiger Dienst ihr 15-jähriges Bestehen. Mit sichtbarem Erfolg: Die Nachfrage nach der Weiterbildung wächst. Das Programm wird ausgebaut.

„Diplomatie ist wie ein Mosaik. Je kompletter, desto besser.“ Auf dem Schreibtisch von Martin Barton in der Slowakischen Botschaft stapeln sich die Papiere: Vier Eheschließungen gilt es heute noch zu bearbeiten, daneben Pass- und Visa-Anfragen. Dem Botschaftssekretär ist Deutschland vertraut – und doch hat sich seine Arbeit seit dem EU-Beitritt seines Landes verändert.

„Damit schaffen wir uns Sympathien und den direkten Draht zu unseren künftigen Partnern“, erklärt der Mitinitiator des Programms, Ministerialdirektor a. D. Karl Theodor Paschke. Von Beginn an sei „Diplomacy by Networking“ der Dreh- und Angelpunkt gewesen. „Moderne Diplomatie kann nur gelingen als kooperative Außenpolitik. Nicht im Gegen-, sondern im Miteinander“, ergänzt Botschafter Günter Knieß, Leiter der Akademie Auswärtiger Dienst. „Mit der Internationalen Diplomatenausbildung knüpfen wir Netze für die Zukunft – auch in unserem eigenen Interesse.“

Angefangen hatte alles 1992 als Starthilfe für die diplomatischen Dienste der neuen unabhängigen Staaten in Osteuropa. Damals holte man den diplomatischen Nachwuchs nach Berlin ins einstige Gästehaus der DDR am Treptower Park, um ihn fit zu machen für die neue Zeit. Gemeinsames verbindet: Obwohl der Ausbildungsbereich längst in die Räume des Ministeriums in die Mitte Berlins gezogen ist, bezeichnen sich die Absolventen immer noch als „Treptower“. Unter ihnen sind – dies das Ergebnis einer Studie – heute Gesandte, Botschafter und Staatssekretäre. Sogar ein Minister. Als Alumni des Auswärtigen Amtes halten sie Kontakt über Ehemaligentreffen und ein Internetportal.

Die Kandidatinnen und Kandidaten werden von ihren Außenministerien vorgeschlagen. Das Programm, das sie erwartet, beeindruckt:

Besuche bei Institutionen der Politik, Wirtschaft und Kultur, Begegnungen mit dem deutschen diplomatischen Nachwuchs, Gespräche bei der NATO und der EU in Brüssel, den Vereinten Nationen in Genf oder der OSZE in Wien. Planspiele und Mitarbeit im Auswärtigen Amt runden das Programm ab.

Angeboten werden derzeit neben dem Diplomatenkolleg sechs weitere Diplomatenlehrgänge pro Jahr. Sie dauern vier bis zwölf Wochen. 2002 wurde das Programm in englischer Sprache auf islamisch geprägte Länder und Afghanistan ausgeweitet. Lateinamerika und die Karibik folgten 2006, Lehrgänge für Afrika und den Irak sind für 2007 geplant. Für mich liegt der Erfolg im Zuschnitt des Angebots auf die Bedürfnisse der Teilnehmer. Ihr Feedback bestimmt die weitere Ausrichtung. Aus den Ländern kommen nur die Besten in das Diplomatenkolleg. Es ist eine Freude, mit ihnen zusammenzuarbeiten, ein Lernen von- und miteinander.

Der Lohn: ein Abschlussdiplom. Das hat auch der Ägypter Ahmed Adel El Samawi in der Tasche. Der 37-jährige besuchte vor zwei Jahren den Lehrgang für islamisch geprägte Länder. Heute ist er Konsul in Berlin. „Besser als mit diesem Lehrgang hätte mein Start in Deutschland nicht sein können.“ El Samawi ist überzeugt: „Die neuen Freundschaften und Erfahrungen sind das Kapital für meine Zukunft.“

Sie interessieren sich für eine der drei Laufbahnen im Auswärtigen Dienst?

Auf den Internetseiten des Auswärtigen Amtes (www.auswaertiges-amt.de) finden Sie weitere Informationen, insbesondere zum Bewerbungsverfahren (ausschließlich online). Gerne beantworten auch unsere Mitarbeiter telefonisch oder per E-Mail Ihre Fragen.

> Ausbildung im höheren Dienst:

www.auswaertiges-amt.de/hoehererdienst
Maïke Tribbels/Silke Röfer: +49 (0)1888 – 17 11 39,
1-Ak-0-2@auswaertiges-amt.de
Michael Wolter: +49 (0)1888 – 17 11 45, 1-Ak-00@auswaertiges-amt.de

> Ausbildung im gehobenen Dienst:

www.auswaertiges-amt.de/gehobenerdienst
Matthias Koch: +49 (0)1888 – 17 11 21, 1-Ak-12@auswaertiges-amt.de

> Ausbildung im mittleren Dienst:

www.auswaertiges-amt.de/mittlererdienst
Frank Bernhardt: +49 (0)1888 – 17 29 75, 1-Ak-21@auswaertiges-amt.de

Sie möchten das Auswärtige Amt in Ihrem Studium oder Referendariat kennenlernen?

Praktikanten bewerben sich unter www.auswaertiges-amt.de/praktika
Referendare bewerben sich unter www.auswaertiges-amt.de/referendare
Dagmar Stützele: +49 (0)1888 – 17 26 82, 1-Ak-01@auswaertiges-amt.de
Veronika Dötter: +49 (0)1888 – 17 21 32, 1-Ak-001@auswaertiges-amt.de

Hinter den Kulissen im „Frühstücksreferat“

Dirk Hennig

Moderne Diplomatie findet in Konferenzsälen statt. Aber manchmal gelingt der Durchbruch doch leichter beim Abendessen. Dann freuen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Protokolls, die die gesellschaftlichen Veranstaltungen der Leitungsebene des Auswärtigen Amts, des Bundespräsidenten und der Bundeskanzlerin vorbereiten. Ein Arbeitsbericht.

Die Gespräche zwischen Regierungschefs und ihren Gästen mögen wir – die Kollegen des Protokolls – verblüfft und amüsiert zur Kenntnis nehmen, doch sie gehen uns nichts an. Wir haben nur dafür zu sorgen, dass zwischen Vorspeise und Hauptgang keine große zeitliche Lücke entsteht und das Essen in der vorgegebenen Zeit über die Bühne geht. Ein Drei-Gänge-Menü muss meistens in 60 Minuten durchgezogen werden, das schmerzt. Doch der Terminplan drängt, die Pressekonferenz wartet. Oder das Nachtflugverbot in Tegel.

Meine Arbeitseinheit, intern „Frühstücksreferat“ genannt, kümmert sich um die schönen Seiten des Lebens: Essen und Trinken, Blumen, Licht und Musik. Wir schlagen Veranstaltungsorte vor, holen Menüvorschläge ein, bestellen Weine und Blumenarrangements, kümmern uns um den Entwurf einer Einladungskarte, setzen die Gästeliste um, indem wir die Einladungen schreiben und versenden, und erstellen ein *Placement* (Sitzordnung). Ganz gleich, ob der Gast Moslem ist, Jude oder Hindu, Vegetarier, Veganer oder einfach nur schwierig, der Gastgeber unter einer Erdbeer- und Erdnussallergie leidet oder kalorienreduziert essen möchte, bei uns ist er gut aufgehoben. Capricen, Diäten und glaubensbedingte Ernährungsvorschriften gehören zum alltäglichen Geschäft.

Ist der Veranstaltungsort erst einmal erfolgreich mit dem Gastgeber (meist mit seinem Büro) vereinbart, fordern wir Menüvorschläge an. Schon nach kurzer Zeit gehen uns auch *Topinambur*, *Poweraden* und *Shiitake* ganz locker von den Lippen. Dabei wissen selbst nicht alle Betriebe der Berliner Spitzengastronomie, wie sich *Rucola* richtig schreibt. Dann besser gleich den deutschen Begriff *Rauke*? Oder auch: Wussten Sie, dass *Grießflammeri* am Ende nur mit „i“ – jedoch weiterhin mit scharfem „s“ geschrieben wird? Der Bereich *Gesellschaftliche Veranstaltungen* hält verblüffende Erkenntnisse bereit – und lehrt fürs Leben.

Menüs werden unter Mithilfe des Sprachendienstes in die abenteuerlichsten Sprachen übersetzt. *Lettisch* und *Ivrith* sind keine Hürde, allenfalls eine Herausforderung, die auch von der Kalligrafie – Stichwort: *Akzentzeichen!* – gemeistert werden will.

Wir werden zu professionellen Pingeln: Ist der brasilianische Außenminister nun *Minister für Auswärtige Angelegenheiten* oder *Beziehungen* oder nur für *Auswärtiges*? Heißt der kasachische Außenminister *Kassymshomart Tokajew* oder *Kasymzhomart Tokayev* oder womöglich *Qassymshomart Toqajew*? Mit solchen Fragen können wir uns stundenlang beschäftigen und treiben manch einen Kollegen aus den Länderreferaten in den Wahnsinn – oft genug ist es auch umgekehrt ...

Wir werden regelmäßig um Rat von außen gefragt, wenn es um die Anrede des Dalai Lama oder des Aga Khan geht, wenn jemand eine Rede hält und nicht weiß, ob er einen Botschafter vor einem Bundestagspräsidenten a. D. ansprechen soll oder der saarländische Arbeitsminister besser gesetzt gehört als der ungarische Vize-Parlamentspräsident, denn auch *Placements* gehören zum Tagesgeschäft.

„Nichts verärgert die Leute mehr, als wenn sie keine Einladungen erhalten.“ Das wusste schon Oscar Wilde. Daher bekommen wir regelmäßig Anfragen, „wo denn meine Einladung zu dem Staatsbankett XY bleibt“. „Nun, bisher sind Sie gar nicht auf der Gästeliste berücksichtigt“, sagt man nicht. „Ich erkundige mich“ lässt Raum, die heikle Kuh vom Eis zu schieben.

Neben den Staatsbanketten und großen Veranstaltungen aus Anlass bilateraler Regierungskonsultationen sind die sogenannten Gegenveranstaltungen des Bundespräsidenten auf seinen Staatsbesuchen im Ausland die größte Herausforderung, aber sicherlich auch die attraktivste Aufgabe in unserem Bereich. Mit Hilfe der Botschaften suchen wir Veranstaltungsorte und Caterer, kümmern uns um die Umsetzung des Musikprogramms, wählen die Blumendekoration aus, besprechen die Lichtverhältnisse mit den Kollegen vom Bundespresseamt und die Sicherheitsfragen mit dem Bundeskriminalamt. Wir schlagen das Bier und den deutschen Wein vor und koordinieren die Anlieferung mit Winzern und der Flugbereitschaft. Und wir fragen uns, ob Matjes und Leberwurst die Reise im Trockeneis nach Freetown oder Antananarivo überstehen.

Schade nur, dass wir noch immer keinen Haushaltstitel zum Probeessen haben. Dafür entschädigt so manches Häppchen eines Berliner Spitzenkochs zwischen Hauptgang und Dessert – und auch ein gelegentlicher Tipp: Wenn Bratwürste vorm Grillen in Milch gebadet werden, werden sie knuspriger – zum Beispiel.



Auszug aus dem Ablauf eines Staatsbesuches im Schloss Charlottenburg (schematisch):

	vor Eintreffen der Gäste	Verteilung der Tischkarten und Redentexte
bis 19.15	Eintreffen der geladenen Gäste	Garderobe wird durch Personal abgenommen
		Die Gäste werden zum Apéritif in den Unteren Ovalen Saal und die Ahnengalerie gebeten
		Apéritif
19.15	Eintreffen des Bundespräsidenten und seiner Frau	Begrüßung
19.30	Eintreffen der Staatsgäste	Begrüßung durch den Bundespräsidenten – Fototermin vor dem Eingang – Gang in das Amtszimmer zum Apéritif
anschließend	Der Bundespräsident, seine Frau und die Staatsgäste begeben sich in das Orangeriekabinett	Aufstellung zum Défilé Fototermin anschließend Défilé
		Nach dem Défilé ziehen sich der Bundespräsident, seine Frau und die Staatsgäste in die angrenzende Kapelle zurück
		Gang in den Ostflügel der Orangerie, wo die Gäste zu ihren Plätzen geleitet werden
		Tischreden zu Beginn (Tischrede des Herrn Bundespräsidenten, Erwiderung durch den Staatsgast)
		Abendessen in vier Gängen
		Nach dem 2. und 3. Gang musikalisches Programm
gegen 22.00	Mokka/Digestif im Unteren Ovalen Saal und der Ahnengalerie	
gegen 22.30	Der Bundespräsident und seine Frau begleiten die Staatsgäste zum Ausgang des Schlosses	Verabschiedung

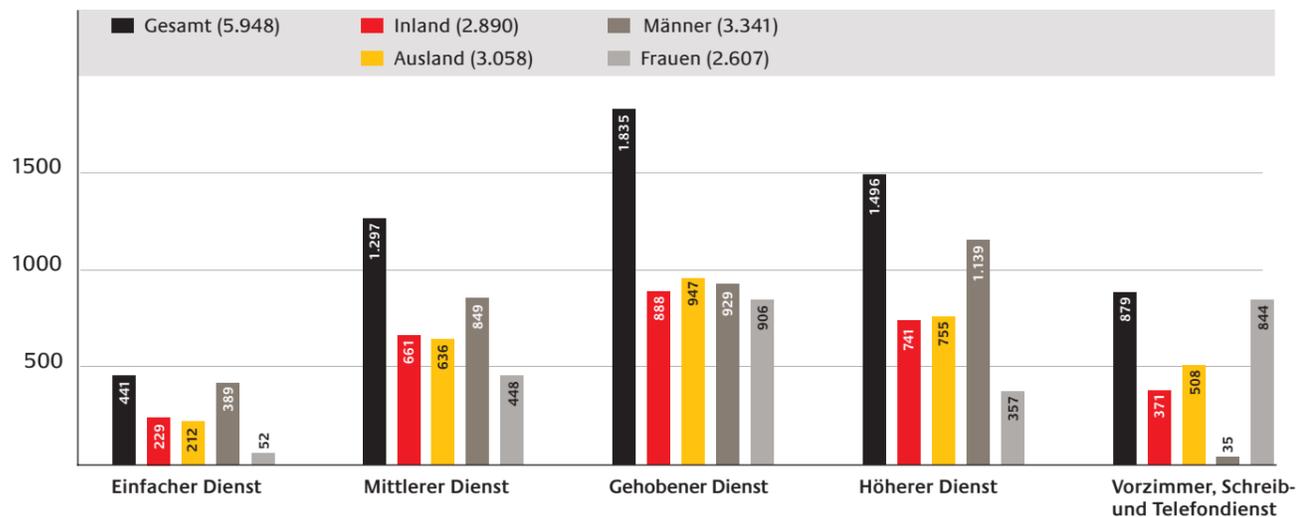
Aufstellung und Finanzbericht

Organisation des Auswärtigen Amtes



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes (Gesamtübersicht)

Zahl des an Auslandsvertretungen tätigen, nicht entsandten Personals (Ortskräfte): 5.227 (davon 1.053 deutsche Ortskräfte).
 144 Beschäftigte des Auswärtigen Amtes leisten an anderen Dienststellen oder Außenministerien Dienst.
 1.399 Beschäftigte anderer Dienststellen sind vorübergehend in das Auswärtige Amt abgeordnet.



Haushalt 2007

Insgesamt

Bundshaushalt (BHH) 2007	270.500.000 T€	3,4 % zu HH 06	Anteil AA/BHH 2007	Anteil AA/BHH 06
Einzelplan 05 (2007)	2.510.897 T€	5 % zu HH 06	0,93 %	0,91 %

Aufteilung auf die einzelnen Kapitel mit Anteil in % (seit 2006 mit Versorgungsausgaben)

Kapitel 0501	Kapitel 0502	Kapitel 0503	Kapitel 0504	Kapitel 0511	Kapitel 0567
Auswärtiges Amt	Allgemeine Bewilligungen	Vertretungen des Bundes im Ausland	Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland	Deutsches Archäologisches Institut	Versorgung ehem. Beamt/innen Epl. 05
244.725 T€	1.005.359 T€	566.842 T€	568.971 T€	24.600 T€	100.400 T€
9,7 %	40,0 %	22,6 %	22,7 %	1,0 %	4,0 %

Aufteilung auf die einzelnen Kapitel mit Anteil in % (ohne Versorgungsausgaben)

Kapitel 0501	Kapitel 0502	Kapitel 0503	Kapitel 0504	Kapitel 0511	Einzelplan 05
Auswärtiges Amt	Allgemeine Bewilligungen	Vertretungen des Bundes im Ausland	Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland	Deutsches Archäologisches Institut	„Aktive Ausgaben“ ohne Versorgung
244.725 T€	1.005.359 T€	566.842 T€	568.971 T€	24.600 T€	2.410.497 T€
10,2 %	41,7 %	23,5 %	23,6 %	1,0 %	96,0 %

Aufteilung des Haushalts

		Ansatz 2007	Ansatz 2006
32,3 %	Betriebskosten des Auswärtigen Dienstes (Kap. 0501 und 0503)	811.567 T€	806.019 T€
davon 74,9 %	Personalkosten	608.042 T€	608.431 T€
davon 16,4 %	Sächliche Verwaltungsausgaben	133.197 T€	132.359 T€
davon 0,3 %	Zuschüsse	2.650 T€	2.647 T€
davon 8,3 %	Investitionen	67.678 T€	62.582 T€
22,7 %	Kulturhaushalt (Kapitel 0504)	568.971 T€	548.017 T€
davon 40 %	Projektmittel und Stipendien	226.692 T€	213.810 T€
davon 31 %	Schulfonds	173.848 T€	171.963 T€
davon 27 %	Mittlerorganisationen	152.928 T€	145.140 T€
davon 3 %	Baufonds	15.503 T€	17.104 T€
40,0 %	Politische Ausgaben (Kapitel 0502)	1.005.359 T€	913.948 T€
davon 73 %	Beiträge an internationale Organisationen und Einrichtungen	732.900 T€	682.609 T€
1,0 %	Deutsches Archäologisches Institut	24.600 T€	24.609 T€

Internationale Beiträge (über 1.000 T€ mit Einzelangabe)

Institution	Ansatz 2007	Ansatz 2006
Vereinte Nationen	575.055 T€	529.596 T€
davon regulärer Beitrag	144.952 T€	146.426 T€
davon Pflichtbeiträge zu friedenserhaltenden UN-Missionen etc.	430.103 T€	383.170 T€
UNESCO	20.100 T€	22.723 T€
Europarat	30.304 T€	30.313 T€
OSZE	19.099 T€	19.799 T€
NATO (ziviler Teil)	28.000 T€	28.000 T€
Organisation Umfass. Nukl. Teststoppvertrag	7.601 T€	7.724 T€
Organisation Verbot chemischer Waffen	6.104 T€	6.371 T€
UNICEF	4.480 T€	4.493 T€
WEU (ziviler Teil)	2.478 T€	2.579 T€
UNHCR	4.480 T€	4.493 T€
Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik EU	1.000 T€	1.200 T€
UNRWA (Flüchtlingshilfe)	2.750 T€	2.750 T€
UNRWA	2.335 T€	2.335 T€
IKRK	1.075 T€	1.075 T€
Sonstige	28.039 T€	19.158 T€
Summe	732.900 T€	682.609 T€
(davon Pflichtbeiträge ca.)	(715.902 T€)	(ca. 669.869 T€)
Der Anteil der Internationalen Beiträge am Haushalt des Auswärtigen Amtes beträgt	29,2 %	(2006: 28,6 %)

Sonstige herausgehobene Ansätze

Maßnahme	Ansatz 2007	Ansatz 2006
Humanitäre Hilfe	50.000 T€	50.000 T€
Ausstattungshilfe, Demokratisierungshilfe, Menschenrechte, Minenräumen	19.723 T€	18.780 T€
Abrüstungshilfe/G8-Initiative	58.181 T€	58.518 T€
Unterstützung Maßnahmen OSZE	2.400 T€	2.400 T€
Polizeieinsätze UNO, WEU und EU, ggf. ESVP	8.103 T€	8.104 T€
Unterstützung friedenserhaltender Maßnahmen	12.607 T€	12.208 T€
Kriegsgräber	4.470 T€	3.671 T€

Wie geht es weiter mit dem europäischen Verfassungsprojekt?

Welche Strategie kann den globalen Klimawandel stoppen?

Wie werden die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei geführt?

Warum ist Deutschland immer wieder als Vermittler bei Krisen gefragt?

BÜRGERSERVICE

Ihre Fragen sind uns wichtig...

Unser Jahresbericht gibt Antwort auf viele aktuelle Fragen der deutschen Außenpolitik: Wer ist Europa, wer sind die G8-Staaten? Was bewegt Europa? Was wollen die G8? Die für Sie zusammengestellten Beiträge sollen Ihnen Hintergründe und Zusammenhänge zu vielfältigen außenpolitischen Handlungsfeldern verdeutlichen. Darüber hinaus möchten wir mit Ihnen, unseren Lesern, in einen Dialog treten. Denn aus Antworten ergeben sich neue Fragen, aus denen wir wieder wichtige Impulse für unsere Arbeit ziehen.

Stellen Sie uns Ihre Frage rund um das Thema Außenpolitik. Nutzen Sie entweder die Postkarte auf der hinteren Umschlagseite oder unseren Internetservice unter www.auswaertiges-amt.de/IhreFrage oder www.diplo.de/IhreFrage

Auswärtiges Amt
Werderscher Markt 1
10117 Berlin
Stichwort: „Meine Frage“

Kontakt

Auswärtiges Amt
Werderscher Markt 1
10117 Berlin
Tel. +49 (0)30-5000-0
Fax +49 (0)30-5000-3402
poststelle@auswaertiges-amt.de
www.auswaertiges-amt.de

Unter der Rufnummer (030) 5000-2000 erteilt das Auswärtige Amt 24 Stunden am Tag Auskünfte. Auch per Mail beantwortet der Bürgerservice des Auswärtigen Amts gern Ihre Anfragen, unter buergerservice@auswaertiges-amt.de.

Besucherzentrum

Besuchergruppen können mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Auswärtigen Amts über aktuelle Außenpolitik diskutieren. Bitte richten Sie Ihre Anmeldung an:
Auswärtiges Amt
Referat Öffentlichkeitsarbeit Inland
Tel. (030) 5000-2304
Fax (030) 5000-52304

Broschürenstelle

Bei unserer Broschürenstelle können Sie Publikationen zu außenpolitischen Schwerpunktthemen sowie zur Arbeit des Auswärtigen Amts und zu Berufsmöglichkeiten im Auswärtigen Dienst beziehen. Ein aktuelles Publikationsverzeichnis finden Sie unter www.auswaertiges-amt.de > Informationsservice > Publikationen

Bestellen Sie unsere Publikationen unter:
broschuerenstelle@auswaertiges-amt.de
oder unter:
Auswärtiges Amt
Broschürenstelle
Werderscher Markt 1
10117 Berlin
Tel. (030) 5000-4195 und 5000-4990
Fax (030) 5000-54195 und 5000-54990

Politisches Archiv

In unserem Archiv können Sie Akten zur deutschen Außenpolitik einsehen, die älter als dreißig Jahre sind. Der Lesesaal ist Montag bis Donnerstag von 8.30 bis 16.30 Uhr und freitags bis 15.00 Uhr geöffnet. Wenn Sie bei uns forschen möchten, melden Sie sich bitte an unter:
Auswärtiges Amt
Politisches Archiv
Werderscher Markt 1
10117 Berlin
Tel. (030) 5000-2159
Fax (030) 5000-3948
E-Mail: 117-R@auswaertiges-amt.de

Reise- und Sicherheitshinweise
finden Sie auf unserer website
www.auswaertiges-amt.de



Bildnachweis

André Kirchner
Seite 63

Andreas Franik
Seite 7

Andreas Tauber
Seite 21, 32, 33, 52, 54

Auswärtiges Amt
Seite 6, 10, 11, 54, 56, 59

Bernhard Ludewig
Seite 40, 55

Bundespresseamt
Seite 44

dpa Picture Alliance
Seite 12

Europäische Kommission
Titel

Getty Images
Seite 6, 25, 29, 30, 42, 44, 47, 49

J. Sobottka, www.catonbed.de
Seite 26

Kempinski Heiligendamm
Seite 45

Laif, Agentur für Photos & Reportagen, www.laif.de
Seite 4/Boenig, 22/Tjaden, 37&38/Grabka, 46/Hahn, 50/Plambeck, 51/Bangert

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Seite 3, 9, 14, 17, 31, 35

Rat der Europäischen Union
Seite 8

SABAM, Belgien
Seite 4

Yvan Glavie
Seite 6

Das Auswärtige Amt legt Wert auf eine geschlechterspezifische Sprache. In dieser Publikation finden sich allerdings nicht durchgängig geschlechtergerechte Formulierungen, da die explizite Nennung beider Formen in manchen Texten die Lesbarkeit erschwert.



Impressum

Herausgeber
Auswärtiges Amt
Referat Öffentlichkeitsarbeit Inland (K04)
Werderscher Markt 1, 10117 Berlin
Telefon +49 (0)30 5000-0
Telefax +49 (0)30 5000-34 02
www.auswaertiges-amt.de
poststelle@auswaertiges-amt.de

Konzeption, Gestaltung und Umsetzung
Henrion Ludlow Schmidt, Hamburg/London

Lektorat
Stefanie Flamm, Hamburg
Hartmut Schönfuß, Berlin

Druck und Verarbeitung
Print 64, Hamburg

Bildbearbeitung
Repro 68, Hamburg

Stand
März 2007